



10 Pf

Nr. 97

**bochumer studenten zeitung**  
universität bochum u. klinikum essen

## „Kämpft gegen die abscheuliche Maschinerie des Staates!“

Karl Marx, Deutsche Ideologie

Aus Anlaß der Verhaftungen vom Freitag (16. 6.) trat die ROTE HILFE BOCHUM erstmals öffentlich in Aktion. Schon am Tag der Verhaftungen in Bochum hatte der ASiA eine spontane Solidaritätsdemonstration angekündigt. Die ROTE HILFE BOCHUM beschloß dann am Wochenende, ein Teach-in mit einer anschließenden Demonstration gegen die politische Unterdrückung und gegen den Polizeiterror am Montagmittag durchzuführen.



Trotz der kurzen Zeit, die für eine Agitation noch zur Verfügung stand, gelang es dennoch, mehr als 500 Kommilitonen für dieses Teach-in zu mobilisieren.

Auf diesem Teach-in wurden in kurzen Beiträgen die Maßnahmen der Herrschenden, die tatsächliche politische Unterdrückung wie sie in den letzten Wochen auch in Bochum täglich stattfindet, dargestellt.

Zunächst schilderte eine der am Freitag verhafteten Genossinnen die Vorfälle während der Polizeiaktion (600 Bullen waren im Einsatz! Eine Dokumentation der Polizeiaktion siehe Seite 2.) Danach berichtete ein Genosse der Projektgruppe Brelohstraße von den Machenschaften der Bürokratie und der politischen Polizei (14. K.), die diese in letzter Zeit, vor allem auch nach dem Breloh-teach-in und dem anschließenden Go-in in der Brelohstraße von mehreren Hundert Studenten (siehe BSZ Nr. 93 vom 27. 4.) noch verstärkt haben.

Anschließend sprach ein Genosse von der oppositionellen Gewerkschaftsliste bei Opel, einer Liste von Gewerkschaftern, die entschieden für die Interessen der Arbeiter eintritt und sich nicht wie die Berufsfunktionäre der IG-Metall durch Pöbchen usw. bestechen läßt und die Arbeiter verrät. Diese Liste erlangte bei den Betriebsratswahlen im Mai etwa 2000 Stimmen und brachte 5 Leute in den neuen Betriebsrat. (Die Rede des Opel-Genossen ist auf Seite 4 im vollen Wortlaut abgedruckt.)

Danach folgten ein Beitrag des sozialistischen Lehrers Norbert Oßwald, der in der letzten Woche von der Stadt, Berufsschule gefeuert wurde und ein Beitrag eines Genossen aus dem Bochumer Lehrlings- und Schülerkollektiv, der an eben dieser Berufsschule Schüler-sprecher ist und über den Kampf der Lehrlinge und Berufsschüler gegen diesen Rausschmiß berichtete.

Der Genosse Dieter Diemer, der in den letzten Wochen 8 Mal (!) unter dem Vorwand der Baader-Meinhof-Zugehörigkeit festgenommen wurde (siehe BSZ Nr. 95 vom 30. 5.), beschrieb die Versuche der Polizei, politische Typen systematisch einzuschüchtern, zu kriminalisieren, um sie zur Resignation zu bringen. Ein Vertreter der SAG ordnete dann abschließend die geschilderten Maßnahmen und Vorfälle ein in die Praxis politischer Unterdrückung der letzten Jahre.

**Auslese-Programme!**  
Studio: 15.30 — 18.00 — 20.30 Uhr  
Heute: Erfolgswiederholung Viscontis Der Tod in Venedig  
29. 6.: Polanskis Ekel — ungekürzt —  
Capitol: 15.15 — 17.45 — 20.15 Uhr  
Heute: Fluchtpunkt San Francisco  
29. 6.: Hängt ihn höher

# Kampf der „sozialliberalen“ Demagogie der BSU!

Eine sozialliberale Demagogie entwickeln die rechten Studentengruppen auffälligerweise hier in Bochum immer kurz vor der SP-Wahl. Sozialliberal, weil sie für einen sozialen Kapitalismus eintreten; demagogisch, weil sie richtige Probleme anreißt, sich moralisch unheimlich darüber erregen und dann behaupten, sie würden damit studentische Interessen vertreten.

### Am Beispiel BAFöG

Wir gehen davon aus, daß eine rationale Politik zunächst eine Analyse des Bestehenden zur Voraussetzung hat und zwar nicht nur als Aufzählung von Fakten, sondern auch als Ergebnis von Entwicklungen. Wie das beispielsweise bei der Analyse des BAFöG-Streik-Paragraphen aussieht, sei anhand des Contrapunkts Nr. 26 vom 15. 6. 72 verdeutlicht. (Der genannte Paragraph erlaubt es den zuständigen Stellen, aufmüßigen Studenten die Ausbildungsförderung zu streichen!) Dort heißt es auf Seite 1:

„Hier muß man sich doch fragen, ob es Sinn einer Ausbildungsförderung sein kann, Teile der Studentenschaft mundtot zu machen. Es darf einfach nicht sein, daß die finanzielle Abhängigkeit als Druckmittel gegen Studenten benutzt wird, die ihren Forderungen nach besserer Ausbildung und sozialer Gerechtigkeit im Streik Ausdruck verleihen; ist das doch oft der letzte Weg, berechnete Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Im Falle eines Streiks wird so eine Solidarisierung der Studenten verhindert, da der BAFöG-Student verständlicherweise nicht riskieren wird, seine materielle Grundlage zu verlieren.“

Mit solchen Maßnahmen schiebt der Kultusminister ein Eigentor, denn er wird auch bei reformwilligen Kräften auf härtesten Widerstand stoßen und bei der Studentenschaft jegliche Sympathien, die er dort noch genießt, verlieren.“

„Es darf einfach nicht sein...“ Das ist eigentlich die komprimierte Impotenz, gesellschaftliche Erscheinungen zu analysieren. Die Analyse dieser gesetzlichen Bestimmung muß zunächst einmal davon ausgehen, was das BAFöG überhaupt für eine Funktion hat. Man erinnert sich ja, daß es im Bundestag von allen Parteien einhellig (!) verabschiedet wurde: die Alternative

„sozialliberal“ gegen „reaktionär“ stellte sich also gar nicht! Und dieser Paragraph ist auch nicht eingebaut worden, daß die „reaktionären“ CDU-Länderminister ihn munter anwenden und die sozialliberalen Kultusminister nicht.

Denn angewandt oder angedroht würde dieser § ebenso in Bayern wie in Nordrhein-Westfalen. Wenn man jetzt einigermaßen denken kann, muß da also eine „überparteiliche“ Notwendigkeit vorliegen, solche Bestimmungen in ein Gesetz aufzunehmen. Sollte da vielleicht die „verselbständigte Technostruktur“ (lt. „Analyse“ der BSU) wieder ihre Finger im Spiel haben?

Selbst wenn es diese Technostruktur wäre (wir sind der Meinung, daß es eine Verschleierung ist, kapitalistische Interessen als „technische Rationalität“ zu bezeichnen, die „normative Zielsetzungen“ ... „in den Bereich des Irrationalen“ abdrängt), wie soll man sie qua Emanzipation über das Bildungswesen erreichen, wo doch gerade die „Technostruktur“ in diesem Bereich eingreift? Worauf beruht die reale Macht der „Technostruktur“? usw. usf.

Für diese Fragen hat die BSU nicht einmal die Notwendigkeit erkannt, sie zu beantworten. Die Versuche der Linken, Analysen zu liefern, die annäherungsweise den Strukturen der formalen Logik genügen, werden als „orthodox-marxistisch“, „linksextrem“ etc. abgetan. An die Stelle dieser Analysen tritt bei der BSU das große Nirwana.

Sie ist nur fähig, Negation, nicht etwa Position zu beziehen. Wir erklären die Existenz des BAFöG-Streik-§ so, daß es angesichts der Verwissenschaftlichung der (kapit.) Produktion und ihrer ebenfalls verwissenschaftlichten Absicherung (Ausbildungswesen, Sozialwesen, Verwaltung etc.) zum ersten notwendig wird, große Teile der Aus-

zubildenden an der Hochschule zu qualifizieren, und zwar auch zunehmend Kinder aus der Arbeiterklasse. Zum zweiten besteht qualitativ die Notwendigkeit, angesichts der sich immer schneller wandelnden Berufsanforderungen im Kapitalismus, methodisches Grundwissen zu vermitteln, also durch Vermittlung der Fähigkeit zum analytischen Denken die Umlernfähigkeit zu gewährleisten.

Beide angesprochenen Tendenzen führen dazu, daß Studenten, die zum einen vom Elternhaus her die Situation der unterprivilegierten Klasse kennen, zum zweiten durch die Herausforderung der analytischen Fähigkeiten, ein kritisches Potential darstellen, das für das Fortbestehen des kapitalistischen Systems gefährlich werden kann. Dagegen wehrt sich das Kapital und sein Staat: folglich Disziplinierung der Studenten durch bestimmte Paragraphen. Soweit die grobe Kurzanalyse, die wir als Diskussionsbeitrag verstehen, nicht als Dogma.

### Am Beispiel Studienreform

Der letzte Contrapunkt enthält Vorstellungen der BSU über Reformstudiengänge in WiWi, Ingenieurwissenschaften und Jura. Dabei fehlt natürlich mal wieder so etwas wie eine Bestandsaufnahme unter dem Aspekt der bisherigen Entwicklung; und, was viel wichtiger ist, es fehlen die neueren Vorstellungen von Wissenschaftsrat und anderen Bildungsplanungsinstanzen, wo ja einige Hämmer zu finden sind. Es könnte ja nämlich sein, daß die „Technostruktur“ auch Vorstellungen von (desemantizierenden) Reformstudiengängen hat; und wer sich — im Gegensatz zur BSU — ein bißchen in Hochschulpolitik auskennt, der weiß, daß es da so etwas gibt.

Der weiß auch, daß mit dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz Fortsetzung auf Seite 5

### Letzte Meldung:

**4 Genossen  
der Projektgruppe  
Brelohstraße  
verhaftet.**

Bericht letzte Seite

### Dokumentation zu den Verhaftungen

in der Bergstraße

Seite 2



## Kommt zur Demonstration gegen Streikverbot und Notstandskurs

Bergarbeiterviertel  
Bochum-Hordel  
Platz zwischen Barbarastraße / Finefraustraße /  
Sonnenscheinstraße  
Samstag, den 24. 6. 1972  
16.00 Uhr

ten, Schüler, Lehrlinge und Arbeiter zogen durch die Stadt durch die Bergstraße zum Polizeipräsidium, von dort zum Rathausplatz und anschließend ins Arbeiterviertel am Springerplatz.

Diese 2000 wußten, weshalb sie demonstrieren, diese 2000 werden



tes zum westdeutschen FBI, die Verschärfung des Haftrechts mit der Einführung der Vorbeugehaft, die verschärfte Anwendung des § 129 StGB, die Ausdehnung der U-Haft usw. usf.

Diese Maßnahmen sind nicht der Faschismus, die Mittel der Bourgeoisie sind heute vielfältiger und raffinierter geworden. Wir müssen daher den Schleier, den sie über ihre Gewalttaten legt, zerreißen, wir müssen die Zusammenhänge erkennen und erkennbar machen, müssen sehen, daß die Rote Armee Fraktion ein beliebiger, austauschbarer Vorwand für diese Unterdrückungsmaßnahmen ist.

Die Geschichte der Repressionen gegen Sozialisten begann lange bevor die RAF existierte und wird auch weitergeschrieben werden, darüber sind sich die Herren Weyer und Genscher längst einig. Die Repressionen richten sich also gegen uns. Wir können uns nur wehren, wenn wir in solidarischer Aktivität den begonnenen Kampf fortführen und verstärken.

Lassen wir uns nicht erschrecken! Strecken wir nicht die Waffen noch vor dem großen Streit!

Nach dem Teach-in führen die Teilnehmer zum Husemannplatz, wo dann um 17.00 Uhr die Demonstration gegen die politische Unterdrückung, gegen den Polizeiterror stattfand. Etwa 1500—2000 Studen-

sich nicht einschüchtern lassen, diese 2000 werden immer wieder demonstrieren und nicht aufgeben. Diese 2000 werden nicht nur 2000 bleiben, diese 2000 werden immer mehr.

**KAMPF DEM BERUFSSCHUTZ, MACHT ALLE SCHULEN ROT! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN! HABT MUT ZU KÄMPFEN! HABT MUT ZU SIEGEN! SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE! ROTE HILFE BOCHUM**



## Unterstützt den Kampf der Kumpel! Gegen Streikverbot und Notstandskurs!

Am Montag demonstrierten 2000 Studenten, Schüler, Lehrlinge und Werktätige gegen politische Unterdrückung, Polizeiterror, Berufsverbot und den Bonner Notstandskurs. Dieser Kampf wird siegreich sein, wenn die Arbeiterklasse die Führung des Kampfes hat. Im Bergbau stehen die Zeichen auf Sturm. 5000 Kumpel sollen nach dem Bonner Stillelegungsplan bis Ende 73 auf die Straße fliegen. Die Arbeitshetze wird im Pütt durch die kapitalistische Rationalisierung ins Unerträgliche getrieben. Jetzt im Lohnkampf sollen die Kumpel mit 2,— DM pro Schicht abgespeist werden. Das wagt nicht einmal die Preissteigerungen auf. Das treibt die Verelendung der Kumpel weiter. Die Forderung der Kumpel: 7,— DM mehr pro Schicht!

Die Kumpel wollen gegen Lohn-diktat, Lohnordnung und Stillelegungsplan kämpfen. Sie haben von ihren englischen Klassenbrüdern gelernt, die im Februar im 6-wöchigen Streik ihre Forderungen im wesentlichen durchgesetzt haben. Gegen die Ideologie der sozialdemokratischen Führer haben sie gelernt: gerade in der Krise muß man kämpfen.

Die Sozialdemokratie ist im Bergbau stark angeschlagen. Die sozialdemokratischen Führer stehen offen im Lager der RAG-Herren und der Bonner Herren. Aus der Mitbestimmung wurden einträgliche Posten für PS-Direktoren, die jetzt Rationalisierungspläne ausarbeiten.

Die IGBE-Bonzen haben Festgelegt mit der Bundeswehrgeneralität. In der konzertierten Kohleaktion sind die IGBE-Bonzen zu direkten Befehlsempfängern der Schiller, Kühn und Zechenherren geworden.

Im Bergbau sind die Fronten klar: auf der einen Seite die Kumpels, auf der anderen Seite das Komplott der Zechenherren, Stahlbarone, IGBE-Bonzen und des Bonner Staates. Die Herren in Bonn und Düsseldorf wissen genau: „Wenn die Ruhr brennt, reicht das Bonner Rheinwasser nicht mehr, den Brand zu löschen“ (Kühn). Deswegen haben diese Herren vorge-sorgt.

Die neuen Notstandsgesetze, die in dieser Woche durchgepeitscht werden sollen, bedeuten für die Kumpel: Einsatz der MP-bewaffneten Polizei und des Bundesgrenzschutzes gegen Streikposten vor Schächten und Halden. Einsatz des Verfassungsschutzes gegen Streikführer und die politischen Führer der Kumpel. Vorbeugehaft gegen die Organisatoren des Streiks und die Sprecher der Kumpel.

Denn nach dem vorgesehenen Gesetz zur Vorbeugehaft kann jeder für ein Jahr ohne Gerichtsverfahren hinter Gitter gesteckt werden „wer als Rädelführer oder Hintermann einer Gruppe oder, ohne mit einer Gruppe oder für eine solche zu handeln, als einzelner absichtlich bewirkt, daß ... durch Störhandlungen ... Unternehmen oder Anlagen, die der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienen ... ganz oder zum Teil außer Tätigkeit gesetzt werden ...“

Die Kumpel lassen sich nicht einschüchtern. Sie sind bereit zum Streik. Sogar IGBE-Boss Adolf Schmidt mußte zu großen Worten greifen: „Keine Tonne aus dem Schacht! Kein Kilo von der Halde.“ Lebende Mauern um die Halden.“ Urabstimmung am 20. Von diesem Wortgetöse ist übrig geblieben: Absetzung der Urabstimmung, politische Schlichtung = Streikverbot.

Dienstag mittag wurde folgendes Flugblatt (Auszug) an 9 Zechen verteilt:

### WEITER SO!

Die von der KPD/ML organisierte Urabstimmung entwickelt sich zu einer machtvollen Protestaktion gegen das Urabstimmungsverbot der IGBE-Führer!

Hier die ersten Zwischenergebnisse von der Frühschicht:

|                   | ja  | nein |
|-------------------|-----|------|
| Prosper           | 328 | 19   |
| Hannover/Hannibal | 260 | 2    |
| Ewald             | 167 | 12   |
| Minister Stein    | 105 | —    |
| Blumenthal        | 46  | 1    |
| Westerholt/Polsum | 32  | 2    |
| Holland           | 3   | —    |

Kumpels! Weiter so!

Schon diese ersten Ergebnisse sind ein harter Schlag gegen die Pläne der Gewerkschaftsbonzen. Die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zu Ende bringen — das geht nicht mehr! Schon heute morgen haben fast 1000 Kumpels von den 7 Schachtanlagen gezeigt:

Wir sind bereit, gegen Lohnabbau und Gedingediktat, eine echte Lohnerhöhung im Kampf durchzusetzen!

**WIR SIND BEREIT ZUM STREIK!**

Kollegen! Richtig so! Jetzt kommt es darauf an, daß auch die übrigen zeigen: wir machen mit! Die Urabstimmung ist der erste Schritt. Je mehr mitmachen, je größer unsere Einheit ist, desto besser können wir die nächsten Schritte organisieren.

Der Hauptvorstand der IGBE hat die Urabstimmung abgesetzt und geht heute mit der Regierung und

den Zechenherren in die politische Schlichtung. Diesen Herren müssen wir das Heft aus der Hand nehmen! Denn mit diesen Herren setzen wir unsere Forderungen nicht durch. Ihre Handlanger in den Betriebsräten zogen heute morgen entweder wie geprügelte Hunde an den Urnen vorbei (wenn die Kumpels dabei waren) oder versuchten teilweise mit Gewalt, die Urabstimmung zu verhindern (wenn die Kumpels nicht dabei waren).

Wie geht es weiter?  
**JETZT ALLE WAHLEN! JETZT DEN STREIK VORBEREITEN!!!**

Wir werden das Ergebnis dem Hauptvorstand auf den Tisch knallen. Dazu schlagen wir vor, daß morgen Delegationen von den verschiedenen Schachtanlagen nach Bochum fahren.

Die Kumpels werden das Streikverbot des Bonner Staates durchbrechen. Die KPD/ML und der KJVD haben den ersten Schritt dabei getan, sie haben gegen die IGBE-Bonzen begonnen, die Urabstimmung durchzuführen.

Kommilitoninnen, Kommilitonen! Unterstützt den Kampf der Kumpel! Lernt vom englischen Kumpelstreik, wo die Bevölkerung breit den Streik der Kumpel unterstützte!

Lernt vom Metallstreik in Baden-Württemberg, wo z. B. Lebensmittelhändler den Streikenden Preisnachlaß gaben!

Die Kumpel brauchen die Unterstützung der breiten werktätigen Massen und aller fortschrittlichen Menschen in unserem Land. Dann sind die Kumpel noch stärker. Der Kampf der Kumpel zur Durchbrechung des Streikverbots muß der Kampf aller Kämpfer gegen den Notstandsstaat sein. Die Streikkassen sind den Kumpels bis jetzt verschlossen. Die Kumpel brauchen Streikgelder! Streikführer brauchen Unterstützung gegen die Klassenjustiz! Sammelt für sie! (Postcheckkonto Nr. 160 921 Dortmund, Norbert Osswald, Stichwort: „Kumpelsolidarität“).

**UNTERSTÜTZT DIE ARBEIT DER KPD/ML UND DES KJVD! SOLIDARITÄT MIT DEN KUMPEL!**

**GEGEN STREIKVERBOT UND BONNER NOTSTANDSKURS!**

**Letzte Meldung:**

**7 % — Verrat nach politischer Schlichtung in der Nacht zum Mittwoch.**

**Die Kumpel sind empört.**

**Ihr Ausweg: Eigenständige Streiks gegen die Gewerkschaftsführer — wie 1969**



# Dokumentation zu den Verhaftungen in der Bergstraße

Genossen des Bochumer Lehrlings- und Schülerkollektivs, der die Polizei provoziert. Deshalb wurde Freitag, den 16. 6. 1972, die Staatsgewalt provoziert, weil wir Lehrlinge und Schüler in das ROTE BERICHTSHEFT verteilen, weil wir in politischen Gruppen arbeiten.

Die Bullen sagen: die Adresse hätte im Adreßbuch von Ulrike Meinhof gestanden. Wir sagen: das ist nichts als widerliche Lüge. Einen Tag vorher hat Popo Röhl im Amtsgericht vor Zeugen davon gesprochen, daß man das Nest bald ausheben will. Gegenüber anderen Personen wurde schon Tage vorher von einer bevorstehenden Durchsuchung gesprochen, es wurde davon geredet, daß man mal genauer wissen wolle, was in dieser Wohnung so passiert. Einer der an der Durchsuchung beteiligten Zivilbeamten stand noch am Abend vorher stundenlang vor dem Haus. Einem der in der Wohnung Lebenden folgten 2 bis 4 Zivilbeamte die ganze Woche. Wenn nach Sprengstoff in der Wohnung gesucht wurde, dann kann doch keiner mehr verstehen, warum jedes Buch umgedreht wurde, warum Unterlagen des Bochumer Lehrlings- und Schülerkollektivs einfach geklaut wurden, weshalb alles fotografiert wurde.

**DAS WAR EINE GEZIELTE AKTION. DAS IST EINSCHÜCHTERUNG, TERROR GEGENÜBER POLITISCH AKTIVEN LEHRLINGEN, JUNGARBEITERN, STUDENTEN, ANGESTELLTEN!**

Die Bullen sagen: sie hätten uns entfernen müssen, weil wir Widerstand geleistet hätten und um unsere Personalien festzustellen. Der Widerstand war der Protest gegen den Überfall und war die Frage nach dem Hausdurchsuchungsbefehl. Ein Genosse wurde dafür sofort gefesselt und die Treppe hinuntergeschmissen. Unsere Personalien sind längst bekannt. Auf dem Präsidium wurden wir mit vollem Namen begrüßt, die Polizei redete uns dauernd beim Namen an (vor der Personalienfeststellung). Sie wußten sogar, wer in welchem Zimmer wohnt, sie wußten, wer mit wem befreundet ist, sie wußten, wer an welchem Schreibtisch arbeitet.

Dann sagten sie: wir hätten fliehen wollen! Wieder nur Lüge! Sie hören unser Telefon schon seit Monaten ab. Als ein Genosse am Morgen ein Taxi bestellte, sagten sie, wir wollten abhauen. Als ob jemand mit einem Taxi abhaut! Als ob überhaupt jemand abhaut, wenn die Gegend von mehr als 600 Mann abgeriegelt ist!

Das lehrreichste war dann noch die Reaktion der so liberalen Westfälischen Rundschau. Sie bietet ein Musterbeispiel von gleichgeschalteter SPD-Presse. Sie hat einen so widerlichen Kommentar zu der Durchsuchung geschrieben, wie nicht einmal die CDU-Zeitung Ruhr-Nachrichten. Der Protest von 2000 Leuten am Montag wurde dann doch von der SPD-Zeitung Westfälische Rundschau glatt übersehen. Denn es sind ja sowieso nur Terroristen. Isolierte Spinner. Kriminelle. Das sagte die Polizei auch zuerst. Deswegen wollten sie uns am Montag bei der Demonstration eigentlich verhaften. Die Bereitschaftspolizei war seit Freitag dazu aufgehetzt worden. An der Solidarität der 2000 haben sie eine Niederlage eingesteckt. **SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE! KÄMPFT GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG IN BETRIEB, SCHULE UND HOCHSCHULE!**



## Auszüge aus den Gedächtnisprotokollen mehrerer Verhafteter und Beobachter

### Ein Lehrer

Abends um 19.45 Uhr wurde ich von den Bullen angerufen, Kripo am Telefon. Ich schlief, Ingrid nahm ab. Ingrid wurde gefragt, ob sie wisse, ob ich irgendwelche Beziehungen hätte zur Baader-Meinhof-Gruppe oder zu irgendwelchen Leuten, die hier in Bochum zu den Anarchisten gezählt würden, oder ob ich Beziehungen hätte zu Krombach. Ingrid sagte, sie wisse das nicht, sie wußte auch nicht, wann ich wiederkomme und machte Ausflüchte. Daraufhin entschuldigten sich die Leute und legten wieder auf.

### Ein Bewohner des Hauses in der Bergstraße

Etwa um 9.45 Uhr wurde ich durch Schreie und Lärm im Treppenhaus aufmerksam und trat vor meine Tür und sah hinunter. Von dem Treppengeländer, von dem ich das im folgenden Geschilderte beobachtet habe, kann man den größten Teil des Treppenhauses und den unteren Teil der Wohnungstür der Etage unter mir einsehen.

Ich beobachtete folgendes: Auf dem Treppenaussatz und in der Wohnung standen 5 — 10 Männer in Zivil und eine Frau. Eine größere Anzahl Uniformierter stürmte die Treppe hinauf. Dabei beobachtete ich, daß 2 die Pistolen durchluden und weiter in der Hand hielten und die Wohnung betraten. Unter den darauf entstehenden Rufen konnte ich folgendes deutlich verstehen: „Zeigen Sie mir doch einen Hausdurchsuchungsbefehl!“ Eine Antwort hörte ich nicht. Jetzt wurde ein Mann in schwarzer Lederjacke von 3 Polizisten im Polizeigriff aus der Wohnung herausgeführt. 2 Polizisten legten ihm eine Kette um die Handgelenke und eilten mit ihm die Treppe herunter, wobei sie ihn zu einer Haltung zwangen, bei der sich der Kopf fast in Kniehöhe befand. Auf die gleiche Weise wurde unmittelbar danach ein zweiter Mann hinuntergebracht.

Als nächste wurden eine Frau, dann ein Mann, dann wieder eine Frau, diese im Bademantel und barfuß, hinuntergeführt. In der Folgezeit habe ich mich angezogen, konnte also das Geschehen für wenige Minuten nicht beobachten.

Als nächstes beobachtete ich folgendes: Ein Mann in Zivil trat aus der Wohnungstür heraus, ein geöffnetes Schreibheft in der Hand. Auf der linken Seite lagen einige lose, beschriebene Blätter, die rechte Seite war unregelmäßig, nicht in Art eines fortlaufenden Textes beschrieben. Zu einem anderen Zivilen sagte er sinngemäß: „Hier haben wir das, das können wir gebrauchen, das nehmen wir mit.“

Als er das Heft zuschlug, sah ich, daß es ein schwarzglänzendes Schulheft ohne Etikettaufkleber war. Über das Aussehen dieses Beamten kann ich keine Aussagen machen. Derjenige, dem er das Heft zeigte, war mittelgroß, zwischen 35 und 45 Jahre, trug ein hellbraunes einfarbiges Sakko, eine dunkle Hose und einen kleinen, hellbraunen modischen Hut. Der andere Zivile trug das Heft runter.

Jetzt kamen zwei Zivile mit Köfferchen herauf. Einer betrat mit dem Köfferchen die Wohnung, der andere holte vor der Wohnungstür einen Fotoapparat heraus, machte ihn fertig und betrat die Wohnung. Aus der Wohnung hörte ich ungefähr folgendes:

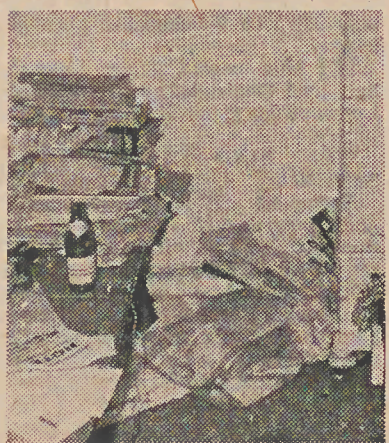
„Wir fotografieren das jetzt alles, damit sie sehen, daß wir hier nichts wegnehmen.“ Ich sah etwa 5—6 Blitze; auf besonderen Hinweis des oben näher beschriebenen Zivilen wurde unter anderem das Poster rechts neben der Tür (Faust mit Pistole) fotografiert. Ich ging jetzt, ungehindert auch von den 5—6 uniformierten Beamten, die unten an der Haustür standen, mir von meinem Briefkasten meine Zeitung holen, blieb aber oben an meinem Treppenaussatz stehen.

Der vorher näher beschriebene Zivile kam jetzt herauf und sah sich auf dem Flur oben um, ging dann wieder runter. Darauf ging ich in mein Zimmer. Kurz darauf klopfte es, und ich öffnete einem etwa 1,70 Meter großen Mann in Zivil, etwa 25 Jahre alt, Oberlippen- und Kinnbart.

Er fragte, wer hier oben wohnt, worauf ich ihm nur den Namen der älteren Dame gegenüber und meinen eigenen nannte. Die folgende kurze Unterhaltung war unwesentlich. Als Grund für die Aktion nannte er „eingegangene Hinweise“ und die Bombendrohungen der letzten Tage.

### Eine Bewohnerin des Hauses in der Bergstraße 54

Heute morgen um 9.45 Uhr hatte ich gerade meinen Wagen bestiegen, um zur Uni zu fahren, als ich



sah, wie die Kreuzung Bergstr./Kortumstr./Kurfürstenstraße mit Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei befahren wurde und die Polizisten in alle Richtung ausströmten. Sofort darauf klopfte ein Kriminalpolizist (ich glaube ein Herr Witzke) an mein Fenster. Ich mußte aussteigen und mich ausweisen. Ich gab ihm meinen Paß, der zurückbehalten wurde. Auf meine Frage, was das alles zu bedeuten habe, wurde mir mitgeteilt, daß bei der Polizei ein Hinweis eingegangen sei und man jedem Hinweis nachgehen müsse.

Ich wurde dann in einen Polizeiwagen geführt, wo dann nach und nach Hannes, Mechthild, Dieter, Sabine und Uwe gebracht wurden. Hannes forderte immer wieder, daß man ihm Gelegenheit geben sollte, seine Papiere aus der Wohnung zu holen, damit man nicht sagen könnte, daß er sich nicht hätte ausweisen können. Weil er diese Forderung dauernd wiederholte, wurde er ziemlich rüde behandelt. Die Polizisten handelten offensichtlich so, als wäre er ein übler Krimineller.



Wir wurden dann in das Polizeipräsidium gefahren und dort nach einer kurzen Leibesvisitation in Einzelzellen gebracht. In meiner Zelle bekam ich einen Herzanfall. Ein Arzt wurde gerufen und ich bekam beruhigende Medikamente. Nach etwa 3 1/2 Stunden wurde ich zusammen mit Wolfgang verhört. Da wurde uns der Zweck der Unternehmung mitgeteilt: man habe Ulrike Meinhof gefaßt und bei ihr die Adresse von Uwe Krombach gefunden.

Dazu möchte ich noch mitteilen, daß ich bereits gestern, d. h. vor Ulrike Meinhofs Verhaftung, den Beamten, der uns verhört hat, vor unserem Haus habe stehen sehen.

### Ein Genosse

Gegen 10.30 Uhr fuhr ich in die Bergstraße. Die Tür war unten auf. Ich ging hoch und schellte oben. Ich sah, daß mehrere Leute in der Wohnung waren, die mir unbekannt waren, durch die Scheibe hindurch. Ich schellte, mir wurde die Tür aufgemacht, und ich sah an der Wand gegenüber einen Polizisten mit angeschlagener Maschinenpistole. Er sagte: „Was möchten Sie, zu wem wollen Sie?“ Ich sagte, ich möchte hier etwas

abgeben. Man bat mich hinein. Man war überhöflich. „Kommen Sie doch bitte herein, da draußen, das ist doch nichts.“

Ich ging rein, ging weiter durch, und dann sah ich, daß überall Polizisten herumliefen. Ich fragte: „Was ist überhaupt los, worum geht es überhaupt?“ — „Das geht Sie überhaupt nichts an.“ Und dann fragte ich: „Wer sind Sie?“ — „Polizei, das sieht'ste doch.“

Ich schätzte, es waren 40 Leute hier und alles Polizisten. Man fragte mich: „Können Sie sich ausweisen?“ Ich sagte: „Nein, aber ich habe unten einen Führerschein.“ Man ging mit mir herunter bis zum Wagen, wo mein Kollege saß, der auch sofort festgenommen wurde und zu einem anderen Wagen gebracht wurde. Ich mußte mich gegen den Wagen lehnen und wurde von Kopf bis Fuß durchsucht, man zog mir meine Jacke aus.

Ich bekam mit, daß mit meinem Kollegen das gleiche geschah. Danach durchwühlten sie meinen Wagen und stellten ihn von oben bis unten auf den Kopf und ließen ihn dann natürlich so zurück. Ich wurde

Dort eröffneten mir der Einsatzleiter Wirth sowie andere Beamte der politischen Polizei im Beisein von einigen uniformierten Polizisten, daß gegen mich der dringende Tatverdacht der Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe vorliege. Auf dem Tisch lag ein Haftbefehl, der allerdings nicht unterschrieben war, gegen meine Person.

Der dringende Tatverdacht würde sich daraus ergeben, daß in der Nacht bei der Festnahme von Ulrike Meinhof angeblich eine Adressenliste mit 50 Adressen gefunden worden sei. Meine Adresse mit meiner Anschrift sei sogar in der Brieftasche von Ulrike Meinhof gefunden worden. Daraus ergebe sich also der dringende Verdacht, daß wir die Baader-Meinhof-Gruppe aktiv unterstützt hätten oder ihr sogar angehören würden. In unserer Wohnung wolle man daher nach Sprengstoff, Waffen und dergleichen suchen.

Auf dem Tisch in dem Vernehmungszimmer lag ein mehrere Seiten starkes Fernschreiben, welches tatsächlich eine Reihe von Adressen, etwa zwischen 30 und 50, enthielt. Ob sich meine Adresse darunter befand, konnte ich nicht feststellen. Weiterhin wurde dann noch mitgeteilt, daß die Hausdurchsuchung auf Veranlassung des Generalbundesanwalts Martin erfolgt sei. Nach dieser Vernehmung wurde ich in meine Zelle zurückgebracht und etwa gegen 13.15 Uhr aus dem Polizeipräsidium entlassen.

### Sabine

Gegen 9.45 Uhr hörte ich klingeln und kurz darauf ein furchtbares

## 34 Gs 2000/72 Beschluß

In der Ermittlungssache gegen Krombach u. a. wegen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (Verbrechen nach § 129 StGB)

wird die polizeiliche Beschlagnahme folgender Gegenstände gemäß § 98 Abs. II StPO richterlich bestätigt:

1. 1 Winchester-Gewehr 22 cal. lang Nr. B 960866,
2. 1 Putzzeug z. o. a. Gewehr,
3. 200 Schuß 22 long HV bzw. Speed,
4. 100 Schuß 22 long Zimmermunition,
5. 25 Schuß 22 long,
6. 18 Schuß 22 lose,
7. 500 Schuß Luftgewehr kugeln Marke Hobby,
8. 500 Schuß Luftgewehr kugeln RWS angebrochen,
9. 500 Schuß Luftgewehr kugeln Marke Bimoko,
10. 1 Polizeimütze Größe 58 (grün),
11. 1 Schreibmaschine Olympia Monika Nr. 184 1686 ist verfälscht!

Die beschlagnahmten Gegenstände können als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein oder der Einziehung unterliegen.

Bochum, den 17. Juni 1972

Amtsgericht Bochum

— Bücholdt — Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt Bochum, den 17. Juni 1972

Zender, Justizangestellte als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Amtsgerichts



Wir wiesen die Polizisten mehrmals darauf hin, daß wir den Einsatzleiter sprechen wollten, zweitens, daß wir einen Hausdurchsuchungsbefehl sehen wollten, und drittens, daß eine Wohnung nicht ohne Zeugen durchsucht werden darf. Nach einem Telefongespräch mit dem Anwaltsbüro wurde auch das Telefonieren verboten.

Unter Androhung von körperlicher Gewalt wurden wir gezwungen, die Wohnung zu verlassen. Vorher mußten wir uns noch anziehen. Die Bitte, Bücher und Zeitschriften mitzunehmen bzw. Zigarettens, wurde abgelehnt. Im Polizeigriff wurden wir dann über die Straße in die Polizeiwagen gebracht.

Die Straße war hermetisch abgeriegelt, wir konnten eine Reihe von Einsatzwagen sehen.

Später wurde uns berichtet, daß das Haus von allen Seiten hermetisch abgeriegelt war, daß Polizisten mit Maschinenpistolen hinter Büschen und in den Hauseingängen standen, um eine eventuelle Flucht oder sonst irgendetwas zu verhindern. Wir wurden gemeinsam ins Polizeipräsidium gebracht.

Auf dem Polizeipräsidium wurden wir in Einzelzellen gesperrt. Dort mußten wir alle Gegenstände, die sich in unserem Besitz befanden, ablegen, auch die Schnürbänder der Schuhe und Hosengürtel. Wir wurden mehrmals nach Waffen und ähnlichem durchsucht. Obwohl zumindest ich und einige andere Personen bei der Polizei bekannt waren und unsere Identität zweifelsfrei sicher war, wurden wir trotzdem unter dem Vorwand der Personalienfeststellung auf das Präsidium geholt. Nach etwa einhalb Stunden wurde ich als erster zur Vernehmung geholt.

Dort eröffneten mir der Einsatzleiter Wirth sowie andere Beamte der politischen Polizei im Beisein von einigen uniformierten Polizisten, daß gegen mich der dringende Tatverdacht der Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe vorliege. Auf dem Tisch lag ein Haftbefehl, der allerdings nicht unterschrieben war, gegen meine Person.

Der dringende Tatverdacht würde sich daraus ergeben, daß in der Nacht bei der Festnahme von Ulrike Meinhof angeblich eine Adressenliste mit 50 Adressen gefunden worden sei. Meine Adresse mit meiner Anschrift sei sogar in der Brieftasche von Ulrike Meinhof gefunden worden. Daraus ergebe sich also der dringende Verdacht, daß wir die Baader-Meinhof-Gruppe aktiv unterstützt hätten oder ihr sogar angehören würden. In unserer Wohnung wolle man daher nach Sprengstoff, Waffen und dergleichen suchen.

Auf dem Tisch in dem Vernehmungszimmer lag ein mehrere Seiten starkes Fernschreiben, welches tatsächlich eine Reihe von Adressen, etwa zwischen 30 und 50, enthielt. Ob sich meine Adresse darunter befand, konnte ich nicht feststellen. Weiterhin wurde dann noch mitgeteilt, daß die Hausdurchsuchung auf Veranlassung des Generalbundesanwalts Martin erfolgt sei. Nach dieser Vernehmung wurde ich in meine Zelle zurückgebracht und etwa gegen 13.15 Uhr aus dem Polizeipräsidium entlassen.

res Geschrei und Gepolter im Flur. Einsatzleiter Wirth gab den Befehl, Hannes sofort anzuführen, weil er immer wieder verlangte, einen Hausdurchsuchungsbefehl zu sehen und den Grund für die Verhaftung zu erfahren. Es wurde ihm deshalb vorgeworfen, ein besonderer Scharfmacher zu sein, mit dem man kurzen Prozeß zu machen hätte. Darauf stürzten sich 4 Polizisten auf ihn, legten ihm Handschellen an und einen Knebel zwischen die Hände und stießen ihn die Treppe hinab.

Als die anderen dagegen protestierten, packten sie sich die, die angezogen waren, und schleiften sie weg. Zu mir sagten sie, ich solle mich sofort anziehen, damit sie mich verhaften könnten. Ich bestand aber darauf, daß ich das nicht tun würde, ohne zu wissen, mit welcher Berechtigung sie mich hier herausholen wollten. Daraufhin schrie Einsatzleiter Wirth: „Macht mit diesem Hämpfling kurzen Prozeß!“ Darauf packten mich zwei Polizisten im Polizeigriff und schleiften mich barfuß, nur mit einem dünnen Morgenmantel bekleidet, die Treppen hinunter über die Straße zum Polizeiwagen, wobei sie mir mit ihren schweren Stiefeln immer wieder absichtlich auf die nackten Füße traten.

Eine Polizeibeamtin forderte mich in der Zelle auf, mich ganz nackt auszuziehen, sie müsse jetzt eine Leibesvisitation vornehmen. Als ich mich weigerte, schrien die Polizisten von der geöffneten Zellentür her, dann würden sie mir eben die Kleider vom Leibe reißen, das würde ihnen bestimmt Spaß machen.

Daraufhin forderte ich, daß die Zellentür geschlossen werde und ließ mir in den Hintern und sonstwohin gucken, wobei ich deutlich hörte, daß die Polizisten durch das Guckloch schauten.

Bevor ich mich anziehen konnte, also noch nackt war, hatten sie schon wieder die Zellentür aufgerissen und schauten hinein.

Von diesem Zeitpunkt ab hingen immer 3—4 Polizisten am Guckloch abwechselnd und machten Bemerkungen über meine Kehrseite und über meine Figur. Als ich ihnen zuschrie, ich wäre nicht ihr Schaustück, sie sollten endlich das Guckloch zumachen, meinten sie, ich wäre nicht nur ihr Schaustück, sondern auch ein Miststück.

Nach vier Stunden wurde ich herausgeholt, durch den ganzen Bau geschleppt und allen vorbeikommenden Polizisten als diejenige vorgestellt, die nackt eine Schau abziehen wollte. Ich wurde in ein Zimmer geführt, wo man mir mein Kleiderbündel endlich übergab. Als ich verlangte, mich doch umziehen zu dürfen, meinten sie, daß wäre hier nicht der angebrachte Ort. Ich mußte also weiterhin so durchs Polizeirevier marschieren und wurde dann in ein Vernehmungszimmer geführt. Dort wurde mir wieder nicht der Grund meiner Verhaftung erklärt, sondern zunächst mal wurden meine Personalien festgestellt.

Erst als das abgeschlossen war, erklärte man, jetzt dürfe ich auch den Grund erfahren, und zwar wäre meine Freundin festgenommen worden und ich stünde unter dem Verdacht der Begünstigung. Als ich fragte, wen sie meinten, lachten sie mich aus und sprachen von Ulrike Meinhof.





# Fachschafts- nachrichten

## Die Magisterordnung der Abteilung VIII harrt immer noch der ministeriellen Genehmigung!

Studenten der Abteilung VIII können seit Jahren examensreif infolge des Wartens auf die ministeriell-bürokratische Genehmigung immer noch nicht die Magisterprüfung ablegen! Mehr als drei Jahre verzögerten die Konservativen diese Genehmigung. Wie lange wird die Düsseldorfer Verzögerungstaktik noch dauern? Oder braucht eine Bürokratie so lange?

Die ausländischen Kommilitonen sind stärker betroffen, da sie in etlichen Fällen sowohl unter finanziell als auch unter „ausländerbehördlichem“ Druck (siehe der Erlaß des Innenministers von NRW vom 28. 11. 1970, betr.: Ausländerwesen) stehen.

Die Bedeutung und Dringlichkeit der Magisterordnung, wie sie für Abteilung VIII Dank der studentischen Aktivität verabschiedet wurde, liegt in folgenden Überlegungen:

Um das wesentliche Ziel des Studiums, das in der Vorbereitung zur Berufsausbildung liegt, die der Entwicklung und Emanzipation der Völker dienen soll, zu erreichen, ergibt sich die Notwendigkeit, das Fachstudium so zu gestalten, daß es mit Informationen und Diskussionen über die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen und Bedürfnisse der Länder verbunden wird und damit den Prozeß gesellschaftspolitischer Bewußtseinsbildung in Gang gesetzt wird. Unter konkreter Berücksichtigung der Interessenlage sollte die Magisterordnung im Lehrangebot sowie in der Wahlfächerkombination so flexibel gestaltet werden, daß:

- eine verstärkte Ausrichtung auf die Studienbedürfnisse der Studenten möglich wird, und damit auch die Gefahr, daß das Studium zum Instrument nationaler, wirtschaftlich-politischer Interessen des Gastlandes wird, relativ sich vermindert;
- sich die Studenten bereits im Hauptstudium konkreter, intensiver und konzentrierter auf ihre für sie relevanten Fächer spezialisieren können;
- der Titel „Magister-Artium“ deshalb verliehen wird, da dieser international bekannt und anerkannt ist, während der Diplom-Grad im Ausland diskriminiert oder unterbewertet wird (z. B. wird deutscher Dr.-Grad ohne Magister-Grad in Pakistan dem eigenen Master-Grad gleichgesetzt);
- den interessierten deutschen und ausländischen Studenten, die später im Ausland arbeiten wollen, zu ermöglichen, daß sie nicht nur den international anerkannten Magister-Grad erwerben können, sondern daß darüber hinaus die Studenten von sogenannten „übergreifenden Instituten“ wie z. B. „Institut für Entwicklungsforschung“ ideell und finanziell in die konkrete Feldarbeit im Ausland einbezogen werden.



So möchten sie's wohl gern

An dieser Stelle sollte eigentlich wieder eine Anzeige für die Dokumentation über Papalekas Dissertation, in der er sich expressis verbis gegen die parlamentarische Demokratie wendet und für einen diktatorischen Elitestaat plädiert, erscheinen. Da diese Dokumentation, eine sozialwissenschaftlich vergleichende Untersuchung zu Papas Dissertation und Hitlers „Mein Kampf“, voraussichtlich beschlagnahmt werden soll, müssen wir hier aus rechtlichen Gründen auf eine Wiederholungsanzeige verzichten!

## Eins links – zwei rechts

„Offen, dynamisch, sozial und gerecht“, weit hoch schwebend über den Kategorien von „rechts“ und „links“ – so profilieren sich die sozialliberalen Aufklärer der BSU gegenüber uns „orthodoxen Marxisten“ im letzten Contrapunkt. Getreu ihrer liberalen Position motzen sie an allem herum, haben aber dem nichts positives gegenüberzustellen, sie wollen ja nicht dogmatisch werden!

Das Dilemma bei den Liberalen besteht darin, daß sie uns zwar immer das breite Meinungsspektrum in unserer „pluralistischen Gesellschaft“ vor Augen halten, daß sie aber nicht sehen, daß eben nur ein Interesse die Gesellschaft beherrscht.

In diesem Sinne sind die Begriffe „rechts“ und „links“ doch absolut zu gebrauchen: „rechts“ zu sein bedeutet die kapitalistische Wirtschaftsform zur Grundlage seiner Politik zu machen, und „links“ zu stehen heißt eben die Aufhebung dieser Wirtschaftsordnung (bzw. -unordnung) anzustreben; insofern steht z. B. die KPD links von der FDP, die FDP aber nicht links von der CDU. Das einzige Verdienst der von der BSU hochgelobten bürgerlichen Revolution, die uns die Befreiung vom Dogma gebracht haben soll, bestand darin, den Weg für den Kapitalismus frei gemacht zu haben. Nur unter Parolen wie „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ließ sich das Volk gegen die Feudalherren mobilisieren, nur unter der Bedingung der formalen Gleichheit aller Menschen konnten sich Arbeiter und Kapitalist als gleichberechtigte Vertragspartner gegenüberstehen, nur mit Hilfe öffentlich proklamierter Meinungs- und Interessensfreiheit ließ sich unbemerkt die Herrschaft des Kapitals durchsetzen.

In unserem Staat hat so heute zwar jeder das Recht, ziemlich alles zu sagen, — sofern er bereit ist, sich dann bespitzeln zu lassen, auf

die Ausübung seines Berufes zu verzichten, sich die Wohnung durchsuchen zu lassen mit dem Vorwand, man suche nach Baaders Zahnbürste usw. — u. sobald er dies in die Tat umzusetzen versucht, wird er auf die Grenzen dieses Systems stoßen. Die von den Liberalen propagierte Toleranz entlarvt sich dann als repressive Toleranz. „Liberal“ zu sein heißt heute, die Herrschenden zwar ein wenig zu kritisieren, ihnen vielleicht auch mit ein paar Reformchen auf den Leib zu rücken, sie aber letzten Endes als Herrschende zu respektieren; das nennt sich dann Toleranz!

Wir wollen aber die Ordnung des Kapitals nicht tolerieren, da wir eine gerechte Gesellschaftsform anstreben und dazu brauchen wir eine Analyse, eine Theorie. Ja, werden die Liberalen nun schreien, diese Theorie wird notwendig dogmatisch!

Doch gerade hier zeigt sich wieder die Ohnmacht der Liberalen: weil sie Angst haben, das Bestehende zu verändern, nur weil das, was dann kommt, auch nicht besser werden könnte, sind sie zur Machtlosigkeit verurteilt, die sie dann als „politische Liberalität“ feiern.

Im übrigen ist es ein schlechter Witz, Marxisten dogmatisches Denken vorzuwerfen; Marxist sein bedeutet nämlich auch, den Marxismus auf die eigene Position anzuwenden, was konkret heißt, sich die historische Bedingtheit der eigenen Position immer vor Augen zu halten.



Alle Musikinstrumente, Klaviere, elektr. Orgeln, Noten, Gesangs- und Verstärkeranlagen

## Piano- und Musikhaus am Südring

463 Bochum

Südring 26

Telefon 1 48 21

In der nächsten Woche wird das neue Studentenparlament gewählt und damit indirekt der neue AStA. Wir wollen an dieser Stelle für keine Gruppe irgendeine Werbung, sondern nur darauf hinweisen, daß die Studenten bei der Wahl den Leuten auf die Hände, d. h. auf die Praxis, und nicht aufs Maul, d. h. aufs Geschwätz, schauen sollten. Es stellen sich sodenn folgende Direktkandidaten vor:

## Direktkandidaten der Hochschulgruppen

### Liste 1: SHB/SF

Sozialdemokratischer Hochschulbund/  
Sozialistische Fraktion  
(Reinhard Greeven, Heinz Schlunkert, Anton László Ostfalk, Hans-Gerd Schwerdt, Christina Nilges)

### Liste 2: BSU/SLH

Bochumer Studenten Union/  
Sozialliberaler Hochschulverband (Joachim Reichling, Willi Gründer, Sigrid Ehlerding, Horst Weyler, Günter Koretz)

### Liste 3: SAG

Sozialistische Abteilungsgruppen (Hannes Sänger, Bernd Bekemeier, Klaus Rothfahl, Alexander v. Schwoerin, Uwe Krombach)

### Liste 4: RCDS

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (Klaus Wüllner, Franz-Josef Schwarzhof, Dirk Stahlschmidt, Gerhard Ucka, Horst Kastrup)

### Liste 5: MSB SPARTAKUS

Marxistischer Studentenbund (Michael Zimmermann, Robert Farle, Bernhard Weißling, Heidrun Szwillus, Werner van Treeck)

### Liste 6: ALS – LHV

Action Liberale Studenten – Liberaler Hochschulverband (Edith Habighorst, Bärbel Groß, Hanspeter Knirsch, Eduard Hoffmann, Axel Brandt)

### Liste 7: UFG

Unabhängige Fachschaften- und Wählergemeinschaft (Sigrun Ladewig, Heinz-Bernd Einck, Robert Stöcker, Lothar Schäfer, Joachim Hohnsbein)

### Liste 8: JUNGE GARDE

(Rainer Gehl, Christel Kucklick, Wolfgang Dröge, Bernhard Bayerlein, Thomas Kalley)  
883 Revolutionäre Aktion

### Liste 9:

(Hajo Mulsow, Wolfgang Jöst, Ulrich Voskamp, Hartmut Weithe, Peter Nero)

### Liste 10: KSV

Kommunistischer Studentenverband (Jörg Robert Braunert, Gisela Beck-Anisimoff, Uli Radhöfer, Jürgen Bernd Meining, Eva Pelka)

### Abteilung I:

Hans Erment (UFG)  
Bodo Gudjons (unabhängig)  
Gerhard Wüsthoff (MSB)

### Abteilung II:

Axel Jost (SHB/SF)  
Karlheinz Keukens (BSU/SLH)  
Gerhard Ucka (RCDS)  
Walter Wendt (MSB)

### Abteilung III:

Sigrid Ehlerding (BSU/SLH)  
Georg Humbert (UFG)  
Friedh. Nickolmann (ALS/FVH)  
Holger Rick (unabhängig)  
Heinz W. Semcek (SAG)

### Abteilung IV:

Joachim Hohnsbein (UFG)  
Christoph Peters (SAG)  
Heinz Schlunkert (SHB/SF)  
Edith Winkelmann (MSB)

### Abteilung V:

Manfred Budzinski (SAG)  
Bärbel Groß (ALS-LHV)  
Christina Nilges (SHB/SF)  
Gerhard Stefan Preußner (KSV)  
Joachim Reichling (BSU/SLH)  
Heidrun Szwillus (MSB)

### Abteilung VI:

Malin Bode (SAG)  
Christoph Jacob (MSB)  
Hanspeter Knirsch (ALS-LHV)  
Horst Weyler (BSU/SLH)

### Abteilung VII:

Robert Farle (MSB)  
Heiner Göhlmann (unabhängig)  
Reinhard Greeven (SHB/SF)  
Günter Koretz (BSU/SLH)  
Christel Kucklick (Junge Garde)

### Abteilung VIII:

Edith Habighorst (ALS-LHV)  
Sigrun Ladewig (UFG)  
Anton László Ostfalk (SHB/SF)  
Alexander v. Schwerin (SAG)  
Michael Zimmermann (MSB)

### Abteilung IX:

Rosemarie Brasche (SAG)  
Heinz-Bernd Einck (UFG)  
Willi Gründer (BSU/SLH)  
Ulrich Jünger (MSB)  
Hans-Gerd Schwerdt (SHB/SF)

### Abteilung X:

Victor Klein (SAG)  
Wolfgang Rüffer (MSB)  
Henner Stengel (SHB/SF)  
Robert Stöcker (UFG)

### Abteilung XI:

Bernd Bekemeier (SAG)  
Klaus Böhle (UFG)  
Bernd Grosse (SHB/SF)  
Werner Neitzel (MSB)  
Heinrich Wagner (BSU/SLH)

### Abteilung XII:

Volker Andrzejewski (MSB)  
Rainer Gehl (Junge Garde)  
Detlef Hommel (BSU/SLH)  
Peter Tendler (SHB/SF)

### Abteilung XIII:

Jürgen Eichholz (BSU/SLH)  
Michael Paul Janke (SHB/SF)  
Michael Kohnen (MSB)  
Klaus-Dietrich Lühse (SAG)

### Abteilung XIV:

Joachim Berger (BSU/SLH)  
Klaus Budde (SAG)  
Gerd Hönow (MSB)  
Klaus-Michael Kohls (SHB/SF)

### Abteilung XV:

Roland von Huene (UFG)  
Manfred Mähl (MSB)  
Harald Neugebauer (SHB/SF)  
Doris Römer (SAG)

### Abteilung XVI:

Friedemann Rohleder (SHB/SF)  
Kaspar Friedr. Sieveking (KSV)  
Hedi Ullenboom (MSB)  
Rita Wienand (UFG)

### Abteilung XVII:

Beate Ernestus (SHB/SF)  
Joachim Lilie (BSU/SLH)  
Thomas Mattonet (KSV)  
Werner Wetzke (MSB)

### Abteilung XVIII:

Rolf Kania (MSB)  
Anton von Magnis (BSU/SLH)  
Heinrich Schain (KSV)  
Dorothee Wormland (SHB/SF)

### Abteilung XIX:

Rainer Bender (MSB)  
Adolf-Heinz Krassa (RCDS)  
Wolfgang Leidhold (unabhäng.)  
Lothar Schäfer (UFG)

## Wi-Wi-Wi-Wi

Die Wi-Wi-Professoren wollen die Studenten anhören. Wieder einmal reagieren sie auf leichte Nadelstiche der Fachschaft, indem sie ihre freundliche, diskussionsbereite Haltung herauskehren.

Anlaß ist die AKÖ, die Zeitung der Fachschaft, die durch ihre Artikel die Professoren leicht auf die Füße tritt. Sie fürchten eine „unseitige Information“ (Stellungnahme der Fakultät). Solange sie in ihren Gremien mauscheln konnten und die Studentenvertreter dort brav saßen und den Kommilitonen wenig oder gar nichts von der Mausehele erzählten, d. h. solange die BSU dort saß, ließen sie die Abteilungszeitung einschlafen und freuten sich über die lerneifrigen und braven Studenten.

Nur einmal, als nämlich ca. 40 Prozent der Diplomkandidaten durchfielen und der Zorn der Studenten sich zusammenbraute, griff man ebenfalls zum Mittel des Hearings und beschwichtigte die zu Recht aufgebrachten Kommilitonen.

Diesmal werden wir es ihnen nicht so leicht machen!

Im letzten Jahr hat die linke Fachschaft konsequent versucht, die beschissene Situation in unserer Abteilung öffentlich zu machen: Dies gefällt den Professoren offensichtlich nicht. Deshalb werden wir sie fragen:

- Warum kommen jedes Jahr nur hundert Studenten ins Hauptstudium — fallen in der Zwischenprüfung ca. 50 Prozent durch
- Warum wird im Grundstudium Wissen vermittelt, das im Hauptstudium als wissenschaftlich falsch dargestellt wird
- Warum haben wir kein Recht, ein Diplomexamen zu machen (Pahlk)?
- Welches Ziel hat das WiWi-Studium?
- Ausbildung für den Dienst in den Konzernen oder
- Erkennen der gesellschaftlichen Zusammenhänge des Wirtschaftsprozesses.
- Dieses Hearing wird die Initiative der Handschrift nicht abwiegeln können, sondern wir fangen gerade erst an, dieses Studium zu kritisieren, da es falsche Inhalte vermittelt und die Studenten in gegenseitiger Konkurrenz zu unmenschlichen Automaten erzieht.
- Unterstützt die Fachschaft!
- Kämpft für den Erhalt der verfaßten Studentenschaft!
- Wählt einen linken AStA!

SAG-WiWi

## Fachschaftsvollversammlung der Fachschaft Physik und Astronomie

Am 15. Juni 1972 fand um 14 h in NB 3/158 die erste beschlußfähige FVV seit 2 Jahren statt. Politisch aufmerksamen Studenten dürfte es bereits aufgefallen sein, daß sich die Fachschaft Physik seit einiger Zeit wieder auf den Reformtrip begeben hat und sich weiter von der übrigen Studentenschaft abzusetzen versuchte. Höhepunkt dieses Unfugs war, daß der Kontrapunkt und nicht die BSZ über die anstehende Vollversammlung informiert wurde.

Die Meldung wurde sinnigerweise mit dem Spruch abgeschlossen: „Es bleibt zu bemerken, daß der Fachschaftsrat in letzter Zeit seine Arbeit für die Studenten der Abteilung 12 sehr aktiviert hat.“ Es scheint, daß hier die Genossen vom Kontrapunkt eine Fachschaft mit einem Bücherladen verwechseln; denn der Verkauf eines Lehrbuchs dürfte der Haupttätigkeit dieser Aktivitäten gewesen sein.

Der „Durchbruch“ der BSU/SLH in die Fachschaften lockte sogar ein paar Vögel vom RCDS aus ihren Löchern, welche bei der Wahl auch noch die Stimmen der BSU-Mitglieder bekamen. Hier erweist sich die ideologische Abgrenzung und das Geschwätz von sozialliberaler Alternative als nur wahltaktisches Manöver.

Nebenbei: Daß sich die Christde-

mokraten unter der Bezeichnung KJG (Katholische Junge Gemeinde) vorstellten, war nicht der gelungenste Gag der Veranstaltung.

Daß es den linken Gruppen (KSV, KPD/ML, SAG, SHB/SF) doch gelang, den beabsichtigten Angriff auf die Studentenschaft ad hoc zurückzuschlagen und eine Mehrheit im neuen Fachschaftsrat zu finden, kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß hierdurch die Fachschaft nicht politisiert worden ist.

Für die wichtigste Aufgabe des neuen Fachschaftsrates sehen wir daher die Initiierung einer politischen arbeitsfähigen Gruppe in der Abteilung XII, an, auch wenn dies von allen beteiligten linken Hochschulgruppen Konzessionen erfordert.

FR Physik

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper

Kleinstlinsen  
angenehm zu tragen  
unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN Hagemann

SÜDRING 20



# Fit für den Profit Sport im Kapitalismus (II)

## Analyse des Leistungssportes

Einen Freiraum für das Phänomen Sport sucht Carl Diem generell nachzuweisen und zu erhalten: „Wir verstehen Sport als Spiel und sehen ihn im Gegensatz zur Arbeit; deshalb unterscheidet sich sportliche Leistung grundsätzlich von der Leistung der Arbeitswelt, auch wenn sie erarbeitet werden muß.“

Demgegenüber versuchen kritische Betrachter des Sportes (Rigauer/Vinnai) eine Analyse des Verhältnisses Sport—Arbeit Ausgangspunkt ist eine Analyse der Freizeit, in die der Sport nach bürgerlich dominierender Auffassung integriert ist: „Was in der Freizeit getan oder gelassen wird, ist in der kapitalistischen Gesellschaft von der Notwendigkeit bestimmt, die Arbeitskraft unverändert zu reproduzieren.“

Damit wirken die den Arbeitsbereich bestimmenden Mechanismen auch auf den Freizeitbereich ein, was die Beliebtheit des Freizeitverhaltens zur Illusion macht.

Neben diesen politisch-sozialen Bezügen von Arbeit, Freizeit und Sport ist auch eine formal-strukturelle Affinität von Arbeit und Sport nachzuweisen, die von Apologeten des bürgerlichen Sports geleugnet wird. Die Gesetzmäßigkeiten des Produktionsprozesses, der auf Rationalität und Rentabilität abgestellt ist (MTM und Refa-System),

wird im Sport durch die Übernahme analytischer Verfahren zweckrationaler komplexer Trainingsmethoden (Bestimmung über Trainingsablauf, Nahrungsaufnahme, Tageseinteilung etc.) übernommen. In der Rationalität der Kapitalrechnung erscheint der Mensch nur als variable Größe: in der Kalkulation von Erwerbs- und Profitchancen. So werden taktische Systeme erarbeitet, die Verhaltensmuster der einzelnen Spieler vorauskalkulieren und als Garantie für Erfolgchancen nutzbar machen sollen.

Der einzelne wird zum austauschbaren Objekt, er muß bei Formkrisen, Krankheit etc. jederzeit durch einen gleichwertigen Spieler ersetzbar sein. Ähnlich dem Produktionsablauf, dessen Gesetzen die menschliche Arbeitskraft angepaßt wird, ohne auf sein Bedürfnis zur spontanen Bewegungsentfaltung Rücksicht zu nehmen, verliert der Sportler die Entscheidungsfreiheit über seine Tätigkeit im sportlichen Wettkampf, sobald er sich einem auf Höchstleistung zielenden Training unterwirft.

Diese Anpassung des einzelnen an den Leistungszwang der Gesellschaft bringt ihn zur Annahme der vorgeschriebenen Normen. Denn die scheinbare Normenfreiheit im Sport wird durch systematische Teilzeitarbeit mit Hilfe von analytischen Verfahren in der Trainingslehre illusorisch.



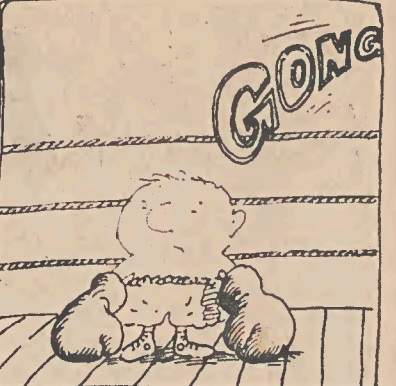
„Es ist gut, Erwin,



wenn du deinen Körper stählst,



dann wirst du ein strammer Mann



und hast Schlag bei den Weibern“

Der sich dem Betrachter als ganzheitlich darbietende Bewegungsakt ist, ähnlich dem Fertigprodukt auf dem Markt, das Ergebnis zusammengesetzter Einzelergebnisse. Danach zählt nicht mehr das primär bedürfnisbefriedigende Bewegungserlebnis, sondern nur das in Zahlen meßbare Resultat. Entsprechend dem Leistungszwang in der Produktion, der auf Wachstum und Effizienz (hohe Produktionsziffer) basiert, ist die Steigerung der sportlichen Leistung fixiert auf Verbesserung der meßbaren Ergebnisse.

Eine Konsequenz dieser Quantifizierung ist die Fixierung der aktiven Sportler und der Öffentlichkeit auf die drei ersten Plätze bei Welt- und Europameisterschaften und vor allem bei Olympischen Spielen.

Da der Leistungssport als Wettkampfsport zu verstehen ist, wird

nach objektiven Regeln ein Leistungsvergleich auf Grund von meßbaren Ergebnissen durchgeführt. Der Sport übernimmt dabei die in der Ökonomie herrschenden Normen des Konkurrenzkampfes, da sein Wert nicht in der sportlichen Betätigung gesehen werden muß, sondern in ihrer Vergleichbarkeit zum Konkurrenten und dem Bestreben besser, d. h. besser vorbereitet, rationaler programmiert, die eigene Überlegenheit zu dokumentieren.

Daraus resultiert entweder direkter ökonomischer Vorteil (Profisport) mit Aussicht auf günstigeren Berufserfolg oder psychologischen Erfolg (Selbstbestätigung) und politisch-gesellschaftlicher Prestigegewinn, der nicht nur dem Sportler, sondern auch der Gesellschaft, die die günstigen Bedingungen geliefert hat, zu Buche schlägt.

Fortsetzung auf Seite 4

## Kampf der sozialliberalen Demagogie

### Fortsetzung von Seite 1

das Instrumentarium da ist, Studiengänge zentral anzuordnen. Und wenn die in der Preislage des BSU nicht umhin können, ihre gedankliche Arbeit auf die Analyse der Technostruktur zu verlegen, wo sich dann ihre Nichtexistenz ergeben wird. Das romantische Geschwätz von der Emanzipation über die Ausbildung entlarvt sich in dem Augenblick, wo der kapitalistische Staat eben dieses Ausbildungsweisen in seinem Interesse gestaltet.

### Funktion der BSU

Sollte bis jetzt der Eindruck entstanden sein, die BSU sei ein Haufen dummlicher, wenn auch redlicher Studenten, so wird das dem, was wir unter „sozialliberaler“ Demagogie verstehen, noch nicht ganz gerecht. Denn wo bleiben denn die Äußerungen der BSU, die ja „die Partei der Toleranz“ ergreift und „sich damit zugleich zum Engagement für eine offene, dynamische, soziale und gerechte Gesellschaft“ bekennt (contrapunkt Nr. 26, S. 2, 6. Spalte), zu den Berufsverböten für Linke, was ja vielleicht auch etwas intolerant ist? Wo bleibt das Engagement der BSU für marxistische Wissenschaftler an der Hochschule, wo doch der Pluralismus bei ihnen so „in“ ist?!

Wie sind contrapunkt-Artikel wie „ASTA provoziert die Polizei“ (contrapunkt Nr. 25, S. 1) zu erklären, wo Genossen, die mit vorgehaltener MP verhaftet werden, noch vorgeworfen wird, sie würden die Polizei provozieren?!

Und schließlich: Was soll das Geschwätz von der Aufhebung der Isolation zwischen Hochschule und Gesellschaft, wenn sozialistische Studenten, die sich für die Interessen der unterprivilegierten Schichten und Klassen unserer Gesellschaft einsetzen, als „orthodox-marxistisch“, „linksradikal“, „intolerant“, „sich im ASTA materiell bereichernd“, „dogmatisch“, „ideologisch“ denunziert und von der Polizei verfolgt werden?!

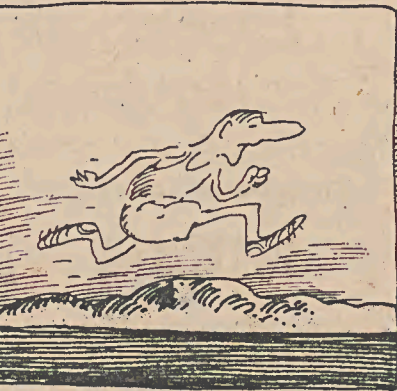
Und hier beginnt die BSU, sich mit ihrer sozialliberalen Demagogie zu entlarven. Unter dem Geschwätz der Toleranz wird die einzige Kraft an der Hochschule, die sich wirklich für eine Emanzipation der unterdrückten Schichten einsetzt, nämlich die Linke, diskriminiert. Daß es im Interesse des Kapitals ist, diejenigen studentischen Aktivitäten auszuschalten, für die Emanzipation und Chancengleichheit eine Frage der Praxis und nicht Gegenstand von intellektueller Selbstbefriedigung ist (Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft mit allen ihren Rechten, BAFÖG-Streik-§, Ordnungsrecht), bedeutet zugleich, daß sie die verbalen Toleranzanzen an den Hochschulen duldet, ja sogar unterstützt (oder wird der BSU-Wahlkampf auch aus Anzeigen finanziert?)!

Unter dem „sozialliberalen“ Mäntelchen, mit dem Image des „progressiv-dynamischen“, vertritt die BSU hier an der Uni die Interessen der herrschenden Klasse; das sollten auch die wenigen in der BSU, denen man subjektive Redlichkeit zugestehen muß, erkennen.

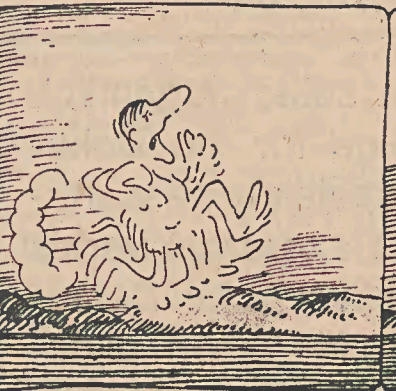
Kampf der „sozialliberalen“ Demagogie der BSU!



„Es ist gut, Erwin,



wenn du Sport treibst,



dann vergeht die böse Lust



nach den Weibern“

# Arbeiter und Studenten gemeinsam gegen politische Unterdrückung

## Rede eines oppositionellen Gewerkschafters von Opel auf Teach-in der Roten Hilfe

In der letzten BSZ berichteten wir über den Versuch der Bochumer IG-Metall-Führung, oppositionelle Gewerkschafter aus der IG Metall auszuschließen, weil sie bei den Betriebsratswahlen bei Opel auf einer eigenen Liste kandidiert hatten. — Wir veröffentlichen hier den Wortlaut des Beitrags eines dieser Genossen, den er auf dem Teach-in der ROTEN HILFE BOCHUM zum politischen Unterdrückung am 19. 6. gehalten hat.

Meine Damen und Herren! Ich bin also von Opel. Wir haben gestern auf unserer Versammlung von der Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter die Einladung zu dieser Veranstaltung bekommen. Ich möchte Euch zunächst im Namen der Kollegen, die mit mir gekommen sind, und im Namen der ganzen Gruppe für die Einladung danken.



Ihr habt hier heute die Veranstaltung gemacht, um — so haben wir es gehört — gegen die vier neuen Notstandsgesetze Euch zu wehren und um gegen die fristlose Entlassung von dem Kollegen aus der Schule ebenfalls den Kampf aufzunehmen.

Ich denke, es ist deshalb richtig, daß hier auch ein paar Arbeiter vertreten sind, denn wir dürfen uns über folgendes nicht täuschen:

Diese neuen Gesetze, diese Terrormaßnahmen, von denen eben berichtet worden ist, die richten sich nicht nur gegen die fortschrittliche Bewegung in den Schulen und Universitäten und gegen Eure Organi-

sationen, die richten sich auch und gerade gegen die Arbeiterschaft.

Denn gerade in den Betrieben ist in den letzten paar Jahren das passiert, wovon die Herren in Bonn die allergrößte Angst haben: es hat eine große Zahl von spontanen Kämpfen der Arbeiter gegeben, die zum Teil schon mit großer Entschlossenheit und Stärke geführt worden sind, denken wir z. B. an die Streiks der Metallurgen vor zwei Jahren. Und das Entscheidende bei diesen Kämpfen ist, es gelingt den sozialdemokratischen Funktionären in der Gewerkschaft, in der Verwaltung usw. immer weniger, diese wachsende Bewegung in den Betrieben noch unter Kontrolle zu halten. Sie haben immer größere Mühe, die Arbeiter etwa bei den Lohnkämpfen tatsächlich ruhig zu halten und abzuwiegeln.

Z. B. im vorigen Jahr haben wir bei Opel klar die Forderung nach 15 Prozent Lohnerhöhung gestellt. Dahinter stand die ganze Belegschaft, das ist auf mehreren Versammlungen der Belegschaft gefordert worden. Als dann die IG-Metall-Führung nur in Baden-Württemberg einen Streik durchgeführt haben und die Forderung nach 10 Prozent bei uns auf ihr Programm setzten, da konnte unser Betriebsrat nur durch massive Einschüchterung verhindern, daß auch bei uns ein Streik ausbrach.

Man kann also sagen: mit jedem Verrat der SPD-Regierung an den Interessen der Arbeiter, mit jedem faulen Manöver, daß unsere Gewerkschaftsbosse durchführen, wird ihr Einfluß in den Betrieben geringer.

Ich will Euch jetzt berichten, wie das in den letzten Monaten bei uns gelaufen ist, dann werdet Ihr sehen, daß ich recht habe.

Die Arbeiter sind im Vormarsch, die Arbeiterverräter sind in der Defensive, und um ihre Haut zu retten, greifen sie immer mehr zu offenen Unterdrückungsmaßnahmen.

Bei Opel waren im Mai Betriebsratswahlen. Bei diesen Betriebsratswahlen sind 11 Listen aufgestellt worden. Das hat es bisher — soweit ich weiß — noch nicht gegeben. Man kann sagen, das ist ein Zeichen der großen, breiten Unzufriedenheit in der Belegschaft, auch ein Zeichen der wachsenden Selbstständigkeit der Arbeiter. Unter diesen 11 Listen war besonders eine, gegen die von Anfang an die ganze Wut und die ganze Hetze des alten Betriebsrates gerichtet war, die als „Spalterliste“, als „Kommunistenliste“, als „KPD/ML-Liste“, als „Wölfe im Schafspelz“ usw. usw.

verketzert wurde. Das war die Liste 2.

Was war denn eigentlich mit der Liste 2 los? Nun, die Liste 2 hat sich von allen anderen Listen nur dadurch unterschieden, daß sie zur Grundlage ein klares Programm gemacht hatte. Und in diesem Programm waren zwei entscheidende Punkte enthalten, welche allerdings ein harter Schlag für die Berufsfunktionäre im alten Betriebsrat waren.

1. Wir haben im Programm klar Stellung bezogen gegen das neue Betriebsverfassungsgesetz (BVG). Das ist im Januar ja von der SPD-Regierung verabschiedet worden, man kann sagen, durchgepeitscht worden, denn es hat praktisch keine ausreichende Information in den Betrieben darüber gegeben. Dieses BVG mit seiner Friedenspflicht, Schweigepflicht, mit der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ und der sogenannten „Entfernung betriebsstörender Arbeitnehmer“ ist nichts anderes als ein Gesetz, das die Betriebsräte zu Arbeiterverrätern machen soll.

Die Betriebsräte sollen per Gesetz jeden Konflikt, jede Forderung der Arbeiter in „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ erledigen, sie werden praktisch zu Zwangsschlichtern im Betrieb. Jeder wirkliche Arbeitervertreter, der sich voll für die Interessen der Kollegen einsetzt, muß sich früher oder später entscheiden, entweder ich stehe auf der Seite der Arbeiter oder auf der Seite der Geschäftsleitung. Etwas Drittes gibt es nicht.



Unser Angriff auf das BVG hat den Herren natürlich schwer auf den Schlipf getreten. Denn gerade die alten Betriebsräte — Perschke, Sonack, Breuer usw. — haben das BVG hochgejubelt und als großen Fortschritt ihrer SPD-Regierung hingestellt.

2. Wir haben von Anfang an in unserem Programm gesagt: nur die breite Kontrolle der Betriebsräte durch die Belegschaft kann verhindern, daß sie sich kaufen lassen.

Die Betriebsräte müssen die engste Verbindung zur Belegschaft halten, sie müssen jederzeit abwählbar sein, sie müssen an der Wertschöpfungskette teilnehmen wie jeder Malocher auch. Nur dann werden sie nicht zu Bürokraten am Schreibtisch, nur dadurch können wir die Gefahr abwenden, daß sie uns verraten und Pöstchenschieber sind anstatt Arbeitervertreter.

Das hat den Herren vom alten Betriebsrat noch weniger gepasst. Denn die meisten von ihnen waren längst solche Arbeiterbürokraten geworden, sie waren schon feine Herren, die uns Arbeiter nur noch von oben herab behandelt haben.

Jetzt versteht Ihr, warum die Liste 2 eine echte Gefahr für diese Funktionäre der SPD im alten Betriebsrat war, weshalb sie auch mit allen Mitteln gegen uns gearbeitet haben. Das will ich gar nicht im einzelnen mehr aufzählen.



Die Bänder sehen heute anders aus... die Ausbeutung ist geblieben.

Und trotzdem, bei der Wahl hat die Liste 2 einen großen Erfolg errungen: Sie hat fast 2000 Stimmen erhalten und ist damit klar zur zweitstärksten Liste geworden. Jetzt sind 5 Kollegen der Liste 2 Betriebsräte geworden, und sehr viele Arbeiter, viel mehr, als uns gewählt haben, blicken mit Hoffnung und Erwartung auf diese Kollegen.

Es hat sich im Verlauf der Betriebsratswahl gezeigt: die Belegschaft ist durch Kommunistenhetze nicht mehr so leicht einzuschüchtern wie noch vor zwei, drei Jahren.

Im Gegenteil, die Betriebsgruppe von der KPD/ML war die einzige Organisation bei uns im Betrieb, die von Anfang an klar zur Liste 2 gestanden hat, die uns praktisch allein wirklich unterstützt hat.

Und bei dieser Wahl ging es von Anfang an um eine politische Frage. Es ging von Anfang an um die Frage: Bist Du für dieses BVG oder nicht? Stehst Du zur Friedenspflicht, zur Schweigepflicht oder nicht?

Und der Ausgang der Wahl sollte uns allen eine Lehre sein: große Teile der Arbeiter haben sich klar gegen das BVG ausgesprochen, sie haben gegen die Liste der IG Metall, gegen die Berufsfunktionäre und Pöstchenschieber gestimmt, sie haben die Liste 2 unterstützt, obwohl sie gesehen haben, daß wir von der KPD/ML unterstützt worden sind.

Der Ausgang der Wahl war also eine schwere Schlappe für die SPD-Funktionäre im Betrieb. Sie sind in die Ecke gedrängt worden. Und wie reagieren sie?

Sie reagieren genau so, wie man es von solchen Berufsfunktionären erwartet, nämlich mit bürokratischen Zwangsmaßnahmen. Alle rd. 50 Kandidaten, die auf den oppositionellen Listen kandidiert haben, haben inzwischen Gewerkschaftsverfahren bekommen, sie sind also praktisch mit dem Ausschuß aus der Gewerkschaft bedroht worden. Begründung: Aufstellung der Listen neben der Liste der IG Metall wäre gewerkschaftsschädigend gewesen.

Das heißt nichts anderes: die Gewerkschaften sollen gesäubert werden von allen oppositionellen Kollegen, die sich auf die Seite der Arbeiter stellen und den Kurs der Gewerkschaftsführer, die klar mit Be-



steichung, mit Absprachen hinter dem Rücken der Belegschaft, mit Drohung und Einschüchterung gearbeitet haben, die also diesen Kurs der Gewerkschaftsführer nicht mehr mitmachen wollen.

Die Gewerkschaftsführer machen hier, so meinen wir, klar einen Schritt auf dem Weg zur Staatsgewerkschaft. Die Gewerkschaft soll immer mehr zum willigen Instrument der Regierung gemacht werden und offen zur Unterdrückung gegen die oppositionelle Bewegung in der Belegschaft eingesetzt werden. Es ist ein Schlag gegen die innergewerkschaftliche Demokratie.

Und hier schließt sich jetzt der Kreis, weswegen ich meine, daß es gut ist, daß hier auch von Opel Kollegen anwesend sind.

Das BVG, das die Ruhe im Betrieb sichern soll, die Gewerkschaftsausschüsse, die die oppositionellen Gewerkschafter aus der Organisation der Arbeiterklasse hinaussaubern sollen besonders natürlich die kommunistischen Arbeiter, das ist selbstverständlich, die Berufsverbote gegen die sozialistischen Lehrer, wo wir hier ja auch einen Fall haben (N. Obwald, Mitglied der KPD/ML), wurde als nebenamtlicher Lehrer an den Städt. Bildungsanstalten in der letzten Woche entlassen und war einer der Redner des Teach-ins, Redaktion), die Terrormaßnahmen, von denen vorhin berichtet worden ist (zu Beginn des Teach-in hatte eine Ge-

**Kaufen Sie**

- Tobak • Zeitungen
- Spirituosen
- Lebensmittel
- Brot • Backwaren

**Trinkhalle Kothhoff**  
(Mensaparkplatz)  
**Neu:**  
**Busfahrkarten aller Art**

nossen von den Festnahmen am Freitag morgen in der Bergstr. 54 berichtet, Redaktion) und schließlich jetzt die Gesetze, die in dieser Woche im Bundestag verabschiedet werden, die doch nur den Unterdrückungsapparat des Staates weiter ausbauen sollen, alles das gehört meiner Meinung nach in eine Linie: es ist nämlich die Antwort des Bonner Staates auf die neue starke Bewegung in den Betrieben, in den Schulen, an den Universitäten.

Bei uns im Betrieb ist im Augenblick, das müssen wir klar sagen, der Hauptschlag diese Gewerkschaftsverfahren. Gerade im Kampf gegen die Gewerkschaftsverfahren ist eine breite Bewegung im Betrieb bereits entstanden: es gibt bei uns mehrere Unterschriften-sammlungen mit vielen Hundert Unterschriften. Auf der letzten Belegschaftsversammlung in der vorigen Woche wurden die Maßnahmen von vielen Seiten scharf angegriffen. Die gesamte Belegschaft piff und buhte den Experten von der IG Metall minutenlang aus, als er uns den „Rechtsstandpunkt“ von der Ortsverwaltung darlegen wollte.

Zahlreiche Solidaritätsresolutionen von verschiedenen gewerkschaftlichen und betrieblichen Gruppen und Organisationen haben wir schon bekommen. Wir sehen also auch hier im Kampf gegen die Gewerkschaftsverfahren in unserem Betrieb: die Arbeiterschaft kämpft um ihre demokratischen Rechte, sie läßt sich nicht länger friedlich verwalten, sie läßt sich nicht länger durch Gesetze, Satzungen, Paragraphen und wie das alles heißt, fesseln und knebeln.

Deshalb meine Aufforderung an Euch: Unterstützt mit Eurer Demonstration gegen politische Unterdrückung auch den Kampf der oppositionellen Gewerkschafter gegen den drohenden Ausschuß aus der IG Metall. Dies ist unser Hauptkampf im Augenblick.

Ich denke, daß wir im Auge halten sollten auch nachher bei der Demonstration, daß die Arbeiter die stärkste Kraft in unserem Land sind, und daß die verschärften Notstandsvorbereitungen im wesentlichen gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind.

Und es ist selbstverständlich, so würde ich sagen, daß auch die Arbeiter in ihrem Kampf Eure Unterstützung dankbar entgegen nehmen, und umgekehrt, Euren Kampf um politische Freiheit in der Schule, in der Universität, im Beruf ebenfalls unterstützen werden.

**Clouds of high Enjoyment**  
**WELLAUER'S**  
**ENGLISH BLEND**  
Pipe Tobacco  
  
With Latakia,  
Perique and Cavendish



# Linke Diskussion

## Produktivkraft Wissenschaft?

In diesem Referat werde ich mich vor allem mit der Bedeutung der Wissenschaft im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft, d. h. für uns, der kapitalistischen Gesellschaft, beschäftigen. Daß gerade dieser Zusammenhang derzeit in der westdeutschen Linken sehr intensiv diskutiert wird, deutet nicht nur auf eine bestimmte theoretische Interessiertheit an diesem Problem hin, sondern kann auch als Indiz für die politische Bedeutung dieser Fragestellung im Hinblick auf die politische Praxis und insbesondere Organisationsversuche der Sozialisten interpretiert werden. Da außerdem in der staatlichen Politik und im universitären Fächerkanon Wissenschaft und Bildung — als Bildungs- und Wissenschaftspolitik einerseits und vor allem als Bildungsökonomie andererseits — eine wachsende Rolle spielen, haben wir Anlaß genug, uns mit dieser Frage zu beschäftigen.

Wenn wir heute von „wissenschaftlich-technischer Revolution“ oder von „wissenschaftlich-technischer Zivilisation“ sprechen, so legt diese Sprachregelung einen Fehlschluß nahe: als ob nämlich die Epoche, die mit diesem Begriff zu kennzeichnen versucht wird, durch die aus einem autonomen wissenschaftlichen Fortschritt entspringenden Erscheinungen gekennzeichnet wäre. Man muß vielmehr von vornherein klarstellen, daß die besondere gesellschaftliche Relevanz von Wissenschaft und Technik nicht aus ihnen selbst entspringt, sondern aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie angewendet werden. Wir müssen uns folglich der historischen Dimension wissenschaftlicher Entwicklungen erinnern, um ihre gesellschaftliche Relevanz heute begreifen zu können.

In vorkapitalistischen Zeiten gab es ja auch schon einige der die spätere „industrielle Revolution“ ermöglichenden wissenschaftlichen Resultate, als Entdeckungen, Erfindungen, Entwicklungen; sie blieben aber belanglose Resultate ingenieürer Anstrengungen von einzelnen, deren Namen wir heute auf Anhieb nicht einmal mehr kennen. Erst mit dem Entstehen und der Verbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse wurden wissenschaftliche Entwicklungen gesellschaftlich relevant, da sie nun unmittelbar für den Produktionsprozeß Bedeutung erlangten. Die Namen von Leonardo da Vinci und von Thomas A. Edison können als die beiden Charaktere wissenschaftlicher Arbeiter diese gesellschaftliche Dimension ihrer Arbeit in unterschiedlichen Gesellschaftsformationen verdeutlichen.

Der Zwang von Verwertung von Kapital durch Produktion relativen Mehrwerts, der Druck der Konkurrenz, der die Einzelkapitalisten zu permanenter Produktivitätssteigerung zwingt, sind das Moment, das zur Indienstnahme der Wissenschaft für den Produktionsprozeß durch das Kapital treibt und die permanente Umwälzung der Produktionstechnologie bewirkt. Folglich werden auch deren Voraussetzungen, nämlich wissenschaftliche Resultate, in steigendem Umfang verlangt für die prosaischen Zwecke der Warenproduktion.

### Historische Verknüpfung von Wissenschaft und Kapital

Voraussetzung für die sich ausweitende Anwendung der Wissenschaft, aber ist, daß Waren produziert werden, deren Charakteristikum als Tauschwert qualitativ so bestimmt ist, daß ihre Produktion an keine quantitativen Grenzen der Ausdehnungsfähigkeit stoßen kann — im Gegensatz zur Produktion von Gebrauchswerten, deren Quantität an der Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft natürlich eine Grenze findet. Durch die Unbegrenztheit der Produktion wurde die Anwendung von wissenschaftlichen Methoden im Produktionsprozeß „rentabel“.

Nun erfährt aber der Produktionsprozeß der Waren selbst eine

Wandlung. Die Konzentration der Arbeiter in Manufakturen und später in maschinell betriebenen Fabriken impliziert die totale Unterordnung der Arbeit unter die Produktionsmittel, die ihnen als Kapital entgegentreten und in denen — unabhängig von den Interessen der Arbeiter — auch bestimmte Technologien inkorporiert werden können. Die Anwendung der Wissenschaft bricht sich also nicht mehr an den „Interessen“ der unmittelbaren Produzenten, sondern unterwirft sich den „Sachzwängen“ der Produktion von Kapital.

Zudem: „Die große Industrie“, so Marx im „Kapital“, „zerriß den Schleier, der den Menschen ihren eigenen gesellschaftlichen Produktionsprozeß verdeckte und die verschiedenen naturwüchsig besondern Produktionszweige gegeneinander und sogar in jedem Zweig Eingeweihten zu Rätseln machte. Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozeß, an und für sich und zunächst ohne alle Rücksicht auf die menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, schuf die ganz moderne Wissenschaft der modernen Technologie. Die bunt-scheckigen, scheinbar zusammenhanglosen und verknöcherten Gestalten des gesellschaftlichen Produktionsprozesses lösten sich auf in bewußt planmäßige und je nach dem bezweckten Nutzeffekt systematisch besonderte Anwendung der Naturwissenschaft ...“ (Kapital I, 511 f).

Dies also zusammengefaßt: Die Produktion von Tauschwerten, bei der es auf die Produktion von Quantitäten und nicht von Qualitäten ankommt und die Form dieser Produktion in kapitalistischen Produktionsbetrieben ermöglichte erst die Anwendung der Wissenschaft in der Produktion und machte wissenschaftliche Forschung erst als unmittelbar gesellschaftlich relevante sinnvoll.

Sie überführte daher auch konsequenterweise wissenschaftliche Arbeitsprozesse zunehmend aus dem individuellen Belieben des forschenden Subjektes in den Bereich der Auftragsforschung, in dem der Zusammenhang von Wissenschaft und Produktion sich auf den Begriff bringt. Während die wissenschaftlichen Ergebnisse noch in der Frühphase kapitalistischer Entwicklung in der Produktion nutzbar gemacht werden, ohne daß in wesentlichem Umfang direkte Aufträge zur Lösung spezifischer Probleme gegeben werden, wird heute die Wissenschaft direkt als Zuträger von Technologien für den Produktionssektor benutzt.

So ist das Entstehen des Kapitalismus mit der „industriellen Revolution“ verknüpft, aber umgekehrt ist die industrielle Revolution und die sie tragenden epochemachenden Erfindungen, wie Dampfmaschine und mechanischer Webstuhl und die ihnen vorausgehenden Ergebnisse der mathematisch-naturwissenschaftlichen „Grundlagenforschung“, erst im Zuge der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse möglich geworden.

Die besondere Form des Produktionsprozesses als kapitalistischer Produktionsprozeß ist die Voraussetzung dafür, daß die Wissenschaft in diesen Produktionsprozeß integriert werden konnte. Der feudalistische Produktionsprozeß oder der Produktionsprozeß unter Bedingungen der Sklavenhaltergesellschaft war jedenfalls der Anwendung wissenschaftlicher Resultate

### Das Verhältnis von Wissenschaft und Produktivkraft

Wenn demzufolge wissenschaftliche Arbeit und ihre Resultate von Anfang an mit dem Kapitalverhältnis eng verknüpft waren, was ist an diesem Verhältnis heute anders, so daß neue Begriffe wie wissenschaftlich-technische Revolution usw. gewählt werden? Zur Beantwortung dieser Frage ist die Analyse der Verhältnisse von Wissenschaft und Produktionskraft notwendig. Wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsergebnisse liefern wie Jánosy sagt, „Rezepte“, die anzeigen, „wie man die Produktion verändern muß, um die Arbeitsproduktivität zu heben“. (S. 112).

Sie sind also nicht Produktivkräfte sondern lediglich Rezepte zu ihrer weiteren Entwicklung und produktiveren Verwendung. Daher können wissenschaftliche Ergebnisse dem Stand der Produktivkräfte vorausseilen, sie können ihnen auch nachhinken — und in beiden Fällen ist Wissenschaft für den Entwicklungsstand der Produktivkräfte irrelevant.

Erst „inkorporiert“ in den Köpfen der produktiven Arbeiter und in den Produktionsmitteln wird Wissenschaft zur Produktionskraft, nicht vorher. Insofern ergibt sich eine Wechselwirkung zwischen Produktivkräften und wissenschaftlichen Resultaten, die darin besteht, daß die wissenschaftlichen Resultate gerade einen bestimmten „Vorlauf“ vor der Entwicklung der Produktivkräfte haben müssen.

So schreibt Jánosy: „Die Forschungsergebnisse beziehen sich — auch wenn die gesellschaftliche Arbeitsteilung die Forschung von der Produktion getrennt hat — auf ein bestimmtes, einer gegebenen Entwicklungsstufe entsprechendes Produktionsverfahren, und daher können nur solche „Rezepte“ helfen, deren Verwirklichung den unmittelbar folgenden Schritt im Vormarsch der Produktivkräfte ermöglicht.“

Die Forschung ist die Vorhut der Produktion ... Es nützt aber nichts, wenn sie schneller vordringt, als die Produktion ihr folgen kann. Überlappungen kann sie sich auch schwerlich von der ihr folgenden Produktion lösen, weil sie ihre Kraft — gleich dem von der Erde losgelösten Antäus — verlieren würde.“ (122)

„Hieraus folgt, daß die obere Grenze des Fortschritts nicht von den Aufwendungen für die Entwicklungstätigkeit, sondern umgekehrt: die notwendige Höhe des Forschungsaufwands von dem — durch den realisierbaren Wandel in der produktiven begrenzten — Fortschritts tempo bestimmt wird.“ (123)



und letztlich auch der wissenschaftlichen Erforschung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, wenig zuträglich.

Wir können daher den Aufschwung der Wissenschaft mit dem Aufschwung des Kapitalverhältnisses in Beziehung bringen. So auch Marx in den „Grundrissen“: „Die Entwicklung dieser Wissenschaft, besonders der Naturwissenschaft und mit ihr alle anderen, steht selbst wieder im Verhältnis der materiellen Produktion“. (S. 592)

Also hat sich der Fortschritt der Wissenschaft nicht nur an das Fortschritts tempo der Produktivkräfte zu halten, ist also nicht nur im ungestümen Tempo der schöpferischen Phantasie durch das Entwicklungstempo der Produktionskräfte limitiert, sondern gleichzeitig auch in ihrem Mindesttempo durch die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt, sie darf also nicht dahinter zurückbleiben, ohne ihre Funktion als „Vorhut der Produktion“ zu verlieren.

Dies gilt heute selbstverständlich nicht mehr nur im nationalen Bereich, sondern international. Der Stand der Produktivkräfte wird durch das fortgeschrittenste kapitalistische Land bestimmt und nicht durch die Nachhut. Und so bestimmt sich auch die Wissenschaft als Vorhut der Produktion in Bezug auf das am höchsten entwickelte kapitalistische Land. Wenn dies nicht eingesehen wird, so wird die internationale Konkurrenz des Kapitals eine solche Einsicht erzwingen. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen, daß dies für die staatliche Wissenschaftspolitik von allergrößter Bedeutung ist.

### Wissenschaft in der Geschichte des Kapitalismus

Hier liegt der entscheidende Unterschied in dem Verhältnis von Wissenschaft und kapitalistischer Produktionsweise heute gegenüber der kapitalistischen Frühphase. Die Entwicklung der Produktivkräfte hat einen solchen Stand erreicht, daß wissenschaftliche Forschung, um ihre Funktion als Vorhut der Produktion erfüllen zu können, in einem weit größeren Umfang als noch vor wenigen Jahrzehnten angewendet werden muß.

Automaten, elektronische Datenverarbeitung, Atom- und Reaktortechnik, Flugzeugbau erfordern in relativ und absolut weit größerem Maße die Anwendung wissenschaftlicher Arbeit als etwa Rationalisierung, Elektrizität und Automobilbau in den 20er Jahren. Während noch die Dampfmaschine als die geniale Erfindung eines einzelnen, wenn auch aufbauend auf der ganzen Geschichte menschlicher Naturbeherrschung, erscheinen konnte, so ist dies heute in der „big science“ sicherlich nicht mehr, oder nur in Ausnahmefällen eine Möglichkeit.

Der wissenschaftliche Arbeitsprozeß selbst hat durch diese Entwicklung eine Wandlung erfahren. Er ist kostspieliger, organisierter geworden, ist immer weniger beiläufiger Prozeß neben der Produktion und immer mehr ein selbständiger Prozeß mit eigener Perspektive, die sich über Zeiträume erstreckt, über die noch nicht einmal die allergrößten kapitalistischen Konzerne zu planen wagen.

Die Wissenschaft verselbständigt sich also als eigenständiger Produktionsbereich teilweise von der materiellen Produktion, wird jedoch immer wieder, wenn es um die Anwendung der Resultate geht, auf den Stand der materiellen Produktivkräfte zurückgeführt, die als Ausgangsbasis für jede Veränderung dienen müssen. Denn wenn nur inkorporierte Wissenschaft eine Produktivkraft ist, dann müssen sich die Resultate der wissenschaftlichen Arbeit auch inkorporieren lassen.

Aus dieser Entwicklung folgt allerdings auch, daß die Wissenschaft immer weniger „Gratisproduktivkraft“ darstellt. Marx schrieb noch in den Grundrissen: „Solche Vermehrung der Produktionskraft, eine Maschinerie, die (den Kapitalisten-EA) nichts kostet, ist die Teilung der Arbeit ... Eine andere Produktivkraft, die ihn nichts kostet, ist die scientie power ...“ (651). Heute verursacht aber der Arbeitsprozeß wissenschaftlicher Resultate hohe Kosten, wenn auch weniger dem Einzelkapitalisten, so doch dem Gesamtkapital, vor allem zusammengefaßt im Staat. Sie wird also immer mehr zu einer kostspieligen Produktionskraft und dies wirkt sich auf die Arbeit der Wissenschaftler aus, wie noch gezeigt werden wird.

### Konsequenz der Veränderung

Die Konsequenzen dieser Veränderungen in der Wissenschaft führen nun allerdings dazu, daß darin

## Fit für den Profit

### Sport im Kapitalismus (II)

Fortsetzung von Seite 4

gen. Daraus wird ein Rückkopplungseffekt für das Verhalten im gesellschaftlichen Produktionsprozeß hergeleitet.

Sportliche Höchstleistungen lassen anscheinend einen Transfer auf den allgemeinen Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit eines Systems zu.

Über diese formal-strukturellen Beziehungen des Sportes zur Ökonomie hinaus existiert auch ein durch den Warencharakter gekennzeichnet innerer Bezug. Zum Warencharakter eines Produktes im allgemeinsten Sinne gehört seine Eintauschbarkeit auf dem Markt in einen äquivalenten Wert (seit Aufhebung des Naturalienhandels in Geld). Um diesen Prozeß im Sport zu ermöglichen, sind zwei beteiligte Gruppen Voraussetzung: der Sportler als Produzent, das Sportpublikum als Konsument.

Unter diesen Voraussetzungen verwandelt sich die vom Sportler erbrachte Leistung in eine Ware und wird als solche auf einem Markt gegen einen äquivalenten Wert (Geld) eingetauscht. Dieser Prozeß ist unabhängig davon, ob der Produzent Professional oder Amateursportler ist.

Resultat der vorausgegangenen Analysen kann nur sein, daß der Sport unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems integriert ist in ökonomische Gesetzmäßigkeiten, also Teil der Ökonomie ist.

### Sport und Militär am Beispiel Bundeswehr

Kriterium der Qualifikation einer Truppe, bzw. jedes Mitglieds

des einer Truppe, ist die Kriegstüchtigkeit.

Der Sport ist ein Mittel zur Erreichung dieser Qualifikation, denn: auf dem Gefechtsfeld ist meist auch heute noch die motorisierte Bewegung zu Ende, und der Soldat ist auf seine körperliche Leistungsfähigkeit angewiesen.

Der Sport in der BW dient also in erster Linie zur Ausbildung des Soldaten zum Einzelkämpfer.

In den Waffengattungen, in denen der Soldat die bloße Bedienung- und Überwachungsfunktion von Maschinen zu erfüllen hat, soll der Sport als Ausgleich dienen.

Auf diese Bedingungen hin wird der Sport in der BW zurechtgerichtet, wie die „Leitsätze“ zeigen, wenn man sie an konkreteren Aussagen und Fakten überprüft.

Der Sport hat in der BW die Funktion die Belastbarkeit und die Schmerzhärte zu erhöhen (siehe Gesundheitsbegriff in angefügten „Leitsätzen“).

Er soll eine Leistungsbereitschaft erwecken und ein technokratisches Bewußtsein schaffen, das die einzelnen Individuen leichter lenkbar macht.

Er soll ein Bewußtsein von Integration schaffen. (Im Sport sind alle gleich, weckt und festigt den Sinn für Kameradschaft.)

Er soll als Mittel zur Aggressionsabfuhr dienen, um irrationale Destruktionshandlungen oder Aktionen zur Abschaffung der Frustrationsursachen zu verhindern.

Er soll von der Sexualität ablenken, d. h. die Sexualverdrängung verstärken, um durch Umpolung der libidinösen Energien die nötige Feindfixierung zu bringen.

## Studienbüro: HiWis gestrichen!

Überraschend wurden zum 31. Mai alle 6 studentischen Hilfskraftstellen des Studienbüros ersatzlos gestrichen. —

Das bedeutet eine erhebliche Beeinträchtigung der Arbeit dieser ohnehin unterbesetzten Stelle. Um wenigstens die jetzige Kapazität der psychologischen Beratung aufrecht zu erhalten, laufen Verhandlungen zwischen Studienbüro und Rektorat. Die endgültige Entscheidung soll am 20. 6. fallen.

eine weitgehende Veränderung im Verhältnis von Wissenschaft und Produktivkräften selbst gesehen wird. So schließt etwa Habermas aus diesen Erscheinungen, „Wissenschaft sei eine selbständige Produktivkraft“, „mit der Industrieforschung großen Stils wurde Wissenschaft, Technik und Verwertung zu einem System zusammengeschlossen“ (Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, 79), „Technik und Wissenschaft wurden zur ersten Produktivkraft, womit die Anwendungsbedingungen für Marxens Arbeitswerttheorie entfallen ...“ (ebenda, 79 f). Dabei hat Marx bereits sehr genau dieses Wechselverhältnis analysiert, was allerdings Habermas entgangen sein muß (Vgl. dazu die Aufsätze von W. Müller und R. Dams, in: SOPOS.).

„Außerhalb des materiellen Produktionsprozesses gibt es keine Produktivkraft, genauso wenig wie eine stillstehende ... Maschine eine Produktionskraft ist ...“ Und ein wissenschaftlich qualifizierter Arbeiter ist auch nur dann eine „Produktivkraft“, wenn sich diese seine Arbeit im materiellen Produktionsprozeß zu äußern vermag.

Mit anderen Worten: Wissenschaftliche Arbeit, und mag sie noch so umfangreich sein, ist nicht per se produktiv, sondern nur in ihrer Anwendung innerhalb des Produktionsprozesses, sei es als inkorporierte Qualifikation der Arbeitskräfte, sei es als in den Produktionsmitteln inkorporierter technischer Fortschritt. Davon ist die Produktion von Werten erst einmal gar nicht tangiert.

Denn: „Produktivkraft ist natürlich stets Produktivkraft nützlicher, konkreter Arbeit, und bestimmt in der Tat nur den Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum. Die nützlichere Arbeit wird daher reichere oder dürrigere Produktquelle im direkten Verhältnis zum Steigen oder Fallen ihrer Produktivkraft. Dagegen trifft ein Wechsel der Produktivkraft die im Wert dargestellte Arbeit an und für sich gar nicht.“

Da die Produktivkraft der konkreten nützlichen Form der Arbeit angehört, kann sie natürlich die Arbeit nicht mehr berühren, sobald von ihrer konkreten nützlichen Form abstrahiert wird. (Dieselbe) Arbeit liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt ...“ (Kapital I, S. 51).

So kann durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse die Produktivkraft der Arbeit gesteigert werden, was sich jedoch nicht als Wertsteigerung der Arbeitsprodukte niederschlägt, also auch nicht als Mehrwertquelle interpretiert werden kann, sondern — und das ist der Grund für kapitalistische Anwendung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen! — sie ermöglicht zeitweise Zusatzprofile, die aufgrund technologischen Vorsprungs gegenüber dem Konkurrenten erzielt werden können, jedoch dann verschwinden, wenn die Konkurrenten ähnliche oder die gleichen Technologien anzuwenden in der Lage sind.

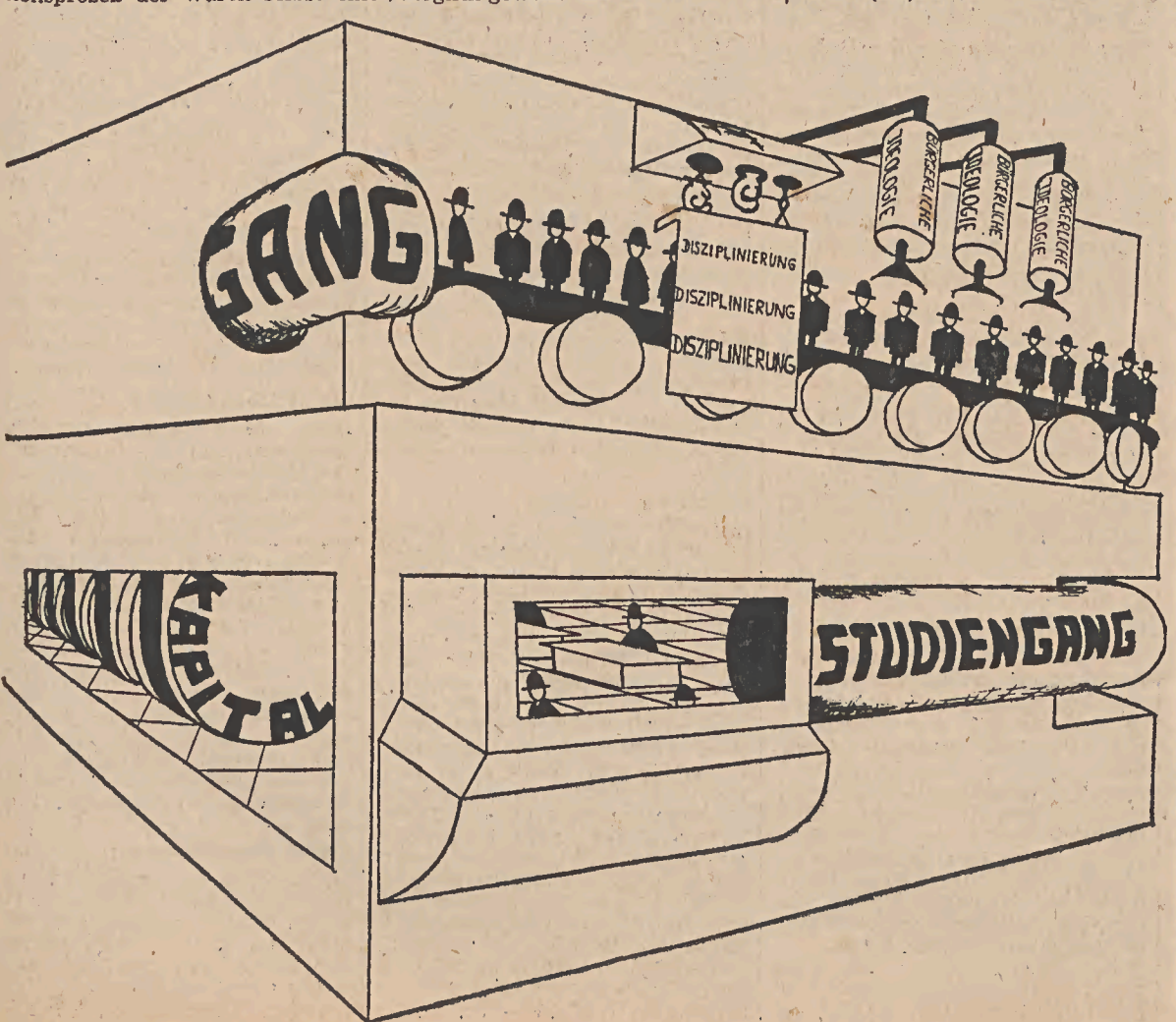
„Produktivität der Arbeit überhaupt — Maximum von Produkt und Minimum von Arbeit, daher möglichst Verwohlfeuerung der Waren“. (Marx, Resultate ..., S. 63).

Wissenschaft kann — mit Marx — als das „Produkt der geistigen Arbeit“ bezeichnet werden. Spezifischer wäre dem hinzuzufügen, daß Wissenschaft „Untersuchung und Darstellung der Erfahrungen der Gesellschaft über ihre Auseinandersetzung mit der Natur und den aus den jeweiligen Formen dieses Stoffwechsels resultierenden Produktionsverhältnissen“ (K. H. Roth) ist.

Wissenschaft ist eine Methode zur Erweiterung von Erkenntnissen zur rationalen Regelung des Stoffwechsels mit der Natur und zur Erhöhung der disponiblen Zeit, d. h. sie ist Methode zur fortschrittlichen Erweiterung des Reichs der Freiheit. Diese Bestimmung trifft nur dann zu — und das geht aus ihrem Verhältnis zu den Produktionskräften ja hervor —, wenn die Wissenschaft im Produktionsprozeß angewendet wird und als Methode materiell virulent wird.

Wissenschaft ist zwar Produkt geistiger Arbeit, sie muß aber in die materielle Arbeit der Gesellschaft eingehen, um sich als gesellschaftlicher Fortschritt zum Reich der Freiheit hin materialisieren zu können. Diese beiden Momente der Wissenschaft gehören folglich zusammen; sie sind jedoch realer auseinandergerissen und stehen in Widerspruch zueinander, wie überhaupt im Kapitalismus entfremdete Arbeit geleistet wird, ihrer Intention widersprechende Verwendung die Regel ist und die Produkte der menschlichen Hand und des menschlichen Geistes Herrschaft über den Menschen selbst erlangen.

Fortsetzung folgt





# BAFöG-INFO

vor genau einem Jahr, am 24. 6. 1971, hat der bonner bundestag das bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) verabschiedet. damals wurde das gesetz von allen betroffenen heftig bekämpft: den studierenden hat es kaum materielle verbesserungen gebracht (z. b. aufstockung des förderungshöchstbetrages um 20 — in worten: zwanzig! — mark, wegfall des pflichtdarlehens, mittelstandskniefall durch großzügigere regelung der vermögensanrechnung.), dafür sind die verschlechterungen eklatant: z. tl. reale verringerungen der förderungsbeträge; prinzipielle streichung der wohngeldberechtigung; weitgehende darlehensverzinsung; förderung ohne berücksichtigung des elterlichen einkommens ist praktisch unmöglich geworden.

wesentlicher als diese materiellen verschlechterungen sind aber die hochschulpolitischen ergebnisse dieses gesetzes: gesetzliche fixierung unzureichender improvisierter förderungsmaßnahmen nach dem honnefer modell; ersetzung studentischer mitwirkung durch staatliche administration; versuch einer verschärften verpflichtung für soziale „aufsteiger“, sich mitten im ausbildungsgang erneut einer kontrolle zu stellen, erneut sich als würdig zu erweisen, vom kapital auf vollendeter akademischer ebene verwertet zu werden; ungehinderte möglichkeit, von den sozial schwächer gestellten kurzstudiengänge zu erpressen; möglichkeit des stipendientzugs bei streikaktionen.

bafög müssen wir in enger verbindung sehen mit der gesetzgebungsarbeit im gesamten „höheren“ ausbildungsbereich die tendenz ist oft genug beschrieben worden: relative senkung der ausbildungskosten, flexibel verwertbares intelligenzpotential, möglichst reibungslos berufsbedarfslenkung. kurz: „wissenschaft“ im dienst des kapital statt wissenschaft im dienst des volkes.

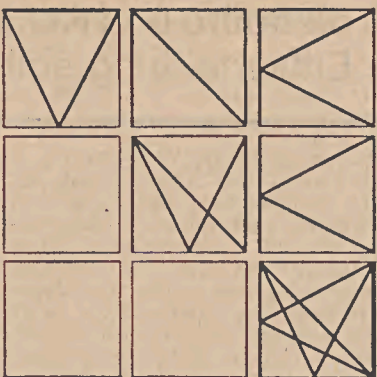
es ist zwecklos, zum ersten geburtstag des förderungsgesetzes weiterhin zu analysieren, zu polemisieren, zu resignieren. das kapital läßt sich nicht anders beeindrucken als dadurch, daß es konkret in frage gestellt wird. unseren beitrag zu dieser konkretion können wir nur leisten, wenn es uns gelingt, den hochschulkampf so zu entfachen, daß er wieder wirkungsvoll wird.

eine randbedingung dafür ist eine lösung der eigenen reproduktionsprobleme: wie komme ich an das geld, das ich zum gesunden überleben benötige. bafög-beträge reichen dazu zwar nicht aus; trotzdem sollten wir seine möglichkeiten so weit wie möglich ausdehnen und ausnutzen. dem sollen die folgenden informationen dienen. die alphabetisch aufgeführten stichworte sollen jedem seinen fragen gemäß einen raschen überblick ermöglichen.

zunächst noch ein hinweis: manche glauben, der hochschulkampf richte sich primär gegen das akademische förderungswerk (akafög);

das ist zweifellos ein fehler. wer dort unverschämte behandelt wird, (falls er das nicht selbst provoziert hat), braucht sich das nicht gefallen zu lassen. anstatt aber die sachbearbeiter (innen) des amtes für ausbildungsförderung (afa) zu bekämpfen, ist es in der regel sinnvoller, sie zur mitarbeit zu veranlassen. das heißt nicht, daß wir darauf verzichten, dann eine kündigung zu verlangen, wenn angestellte dieses amtes sich ständig unseren interessen entgegenstellen. servilität ist gewiß nicht die haltung, die den antragsteller im afa kennzeichnen sollte. dort einen antrag zu stellen, heißt zwar sein recht (sei's auch noch so miserabel) in anspruch zu nehmen; aber freundlichkeit sollte selbstverständlich sein, denn es sind lohnabhängige menschen, über die uns der zugang zu diesem recht vermittelt wird. nicht jeder sachbearbeiter ist immer sachkundig: das liegt in erster linie an dem unsinnigen gesetz, seinen hilflosen verwaltungsvorschriften und den provozierenden formularen. nicht jeder sachbearbeiter ist kompetent: er hat ebenso wenig mitwirkungsrechte wie der antragsteller selbst oder (für ihn) die studentenschaft. der sachbearbeiter ist also kein geeignetes aggressionsziel. wir sollten von studentischer seite aus die in bochum prinzipiell gute zusammenarbeit zwischen studentenschaft und akafög nicht unnötig gefährden.

die folgenden stichwort-informationen sind keineswegs vollständig. sie betreffen die in letzter zeit am häufigsten angesprochenen unklarheiten. auf vorschläge von betroffenen hin könnten diese informationen in jeder ausgabe der bsz ergänzt werden. in der vorliegenden form ersetzen diese informationen weder die kenntnis des gesetzestextes noch die möglichkeit ausführlicher individueller beratung. diese beratung sollte vom afa wahrgenommen werden. leider funktioniert das nur unzureichend. für förderungsberatung ist daher auch die sozialberatung, des asta (rainger duhm) zuständig. sprechstunden: montags und donnerstags, 12—12.30 in der asta-baracke, zimmer 2; und gegebenenfalls nach vereinbarung.)



**Verlag Neue Kritik**  
6000 Frankfurt am Main 1  
Myliusstrasse 58  
Telefon (0611) 72 75 76

**Neuerscheinungen**  
Frühjahr 1972

**Joseph Buttinger**  
**Das Ende der Massen-**  
**partei — Am Beispiel**  
**Österreichs**  
**Neudruck der Ausgabe**  
**von 1953**  
**680 S., DM 22,00**

Buttinger stellt die Geschichte der illegalen österreichischen Arbeiterbewegung unter dem austrofaschistischen Regime von 1934 bis zum Anschluss Österreichs durch das faschistische Deutschland und ihre Auflösung in der Emigration dar. Als Gustav Richter war Joseph Buttinger Vorsitzender der „RS“, der Revolutionären Sozialisten Österreichs, die als Nachfolgeorganisation der österreichischen Sozialdemokratie in der Illegalität zugleich deren Reformismus zu überwinden suchten. Buttingers Buch ist auch der Form nach keine herkömmliche wissenschaftliche Geschichtsschreibung, aber gerade deshalb als erzählte Geschichte weitaus exakter, minutiöser und lebendiger als jene es sein könnte. Und obwohl der Autor seine Autobiografie als die eines Arbeiterkindes, dessen Lebensgeschichte durch die vorfaschistische Arbeiterbewegung und deren Zusammenbruch bestimmt ist, in seine Darstellung einbringt, betreibt er nicht die Selbstbespiegelung eines Alten, der berichten oder belehren will. Er legt vielmehr Rechenschaft ab, um daraus als Sozialist seine eigene Identität zu bestimmen. Dabei sind ihm die Vorgänge in Österreich nur das konkrete Material. „Am Beispiel Österreichs“ beschreibt er exemplarisch das Scheitern der westeuropäischen Arbeiterbewegung vor dem Faschismus. Die Kritik an der Sozialdemokratie und ihrer Niederlage vor dem selbst noch anachronistischen Austrofaschismus zeigt die inneren Schranken einer Organisation, die als Massenorganisation nur abstrakte

Individuen addiert und bei diesen daher nur ein Selbstbewusstsein hervorbringen kann; das der fortschreitenden Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie und ihrer Freiheitsrechte hilflos preisgegeben ist. Unter den besonderen Verhältnissen Österreichs war es nach dem 1. Weltkrieg nicht zur Spaltung der Arbeiterbewegung gekommen, und die Sozialdemokratie konnte dort in der Form des scheinradikal weiterentwickelten „Marxismus“ der 2. Internationale, durchaus Elemente des Denkens und der Praxis der 3. Internationale aufsaugen. Insofern kann Buttingers Darstellung auch dort als Kritik des revisionistischen Verfalls der westeuropäischen Massenparteien der 3. Internationale gelesen werden, wo von diesen nicht ausdrücklich die Rede ist. Die Probleme der revolutionären Moral, die das Buch angesichts der aktuellen Alternative von Sozialismus und Barbarei zu bestimmen sucht, machen auch seine gegenwärtige Bedeutung aus. Der „Marxismus“ der 2. Internationale hatte den Sieg als das notwendige mechanische Hinüberwachen in den Sozialismus je schon in der Tasche und in der 3. Internationale blieb die selbstverständliche Siegesgewissheit, die aus den unmittelbaren Erfolgen der Oktoberrevolution sich nährte, ein Moment der Korruption. Buttingers Darstellung zeigt, wie alle Moral, die es verhindert, ernstlich der Möglichkeit ins Auge zu blicken, dass aus der unvermeidlichen Auflösung der Klassengesellschaft der Untergang aller Klassen, einschliesslich der proletarischen werden kann, selbst

zur Schwäche im Kampf und schliesslich zur Anpassung an die autoritäre Massenführung des Kapitalismus führen muss. Als einer der bedeutendsten Versuche, dieses Scheitern zu verarbeiten und in der eingesehenen Trostlosigkeit aller politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse die revolutionäre Intention festzuhalten, stellt dieses Buch eine Erfahrung dar, die unverzichtbar bleibt. Denn diese Einsicht in die Trostlosigkeit aller äusseren Verhältnisse und die Ungewissheit der Geschichte wird auch heute keinem Genossen erspart bleiben, und erst die ausgebildete Fähigkeit, diese Erfahrung individuell auszuhalten, führt zu politischer Identität. Buttingers Darstellung endet in dem „Nichts-Tun“, sich der geistigen und moralischen Voraussetzungen des Sozialismus neu zu versichern. Er endet ohne jede „Perspektive“, aber mit dem begründeten Wissen, dass eine Epoche der Arbeiterbewegung abgeschlossen ist, an die nicht kontinuierlich anzuknüpfen ist.

**Alice Rühle-Gerstel**  
**Die Frau und der Kapitalismus. Eine psychologische Bilanz**  
**421 S., DM 14,00**

**Archiv sozialistischer Literatur 19**

erhältlich bei: POLITISCHE  
BUCHHANDLUNG 463 Bochum Overbergstraße 5

# makol

## 1. Halbjahr 1972

### makol bibliothek

Leo Kofler

**Zur Dialektik der Kultur**  
**Sechs Beiträge**

ma 20 228 Seiten 12 Mark

Dieser Sammelband erscheint aus Anlaß des 65. Geburtstages des bekannten Ideologiekritikers. Arbeiten zur marxistischen Methodik und ihrem Verhältnis zur Philosophie verdeutlichen Koflers Position. Essays über die Bildungsideologien im Spätkapitalismus und das Demokratieverständnis des modernen Bürgertums zeigen die Spannweite eines Denkens auf, das konsequent am Historischen Materialismus festhält. Die kritische Einleitung von Günter Maschke, auf das Gesamtwerk von Kofler bezugnehmend, versteht sich als Aufforderung zur Diskussion.

Weitere Werke von Leo Kofler im Makol Verlag:  
Die Wissenschaft von der Gesellschaft (1971),  
ma 5 176 Seiten 8 Mark

„Koflers eminenter historischer Sinn, seine methodologische Genauigkeit und seine differenzierte Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theorien... stellen dieses Buch an die Seite der Werke des jungen Lukacs und Korsch: „Marxismus und Philosophie“. Süddeutsche Zeitung, 19.10. Juni 1971  
Technologische Rationalität im Spätkapitalismus (1971)  
ma 14 164 Seiten 6 Mark

Frank Böckelmann

**Marx und Adorno. Schwierigkeiten der spätmарxistischen Theorie**

ma 21 204 Seiten 10 Mark

Böckelmann pointiert stillschweigende Annahmen des Historischen Materialismus. Seine Differenz zu Marx ist die unbürgerlich gewordene Gesellschaft. Diese Differenz reflektiert auch Adorno. Doch seine Theorie verfährt so, als gelte die Marxsche Theorie noch immer. Adorno unterläßt es, sie inhaltlich zu kritisieren. Indem Adorno die Marxsche Theorie in seinem Werk verschweigt, setzt er sie dogmatisch voraus.

Böckelmanns Bemühungen gehen dahin, zu zeigen, in welche Schwierigkeiten die spätmарxistische Theorie gerät, wenn sie der traditionellen Rezeption des Marxismus unterliegt.

Von Frank Böckelmann erschien 1971 im makol verlag:  
Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit  
ma 7 112 Seiten 6 Mark

### bewilligungszeitraum:

der zeitraum, für den ein förderungsbeschluss gilt, umfaßt in der regel 12 monate, vom 1. oktober eines jahres bis zum 30. september des folgenden. das gilt nur, wenn während dieser zeit „ordentlich“ studiert wird. innerhalb des bewilligungszeitraums sind individuell förderungskorrekturen möglich, wenn sich die voraussetzung entsprechend geändert haben.

### darlehen:

förderung ist als darlehen grundsätzlich möglich (§ 17), wenn die förderungshöchstdauer überschritten wird; in gewissen fällen bei zweitausbildung; unter bestimmten voraussetzungen bei „familienunabhängiger“ förderung; in einigen anderen fällen; als überbrückungsdarlehen. darlehen sind z. tl. zinsfrei, z. tl. mit 4 Prozent zu verzinsen.

### einkommen:

(vgl. die §§ 21 ff) der berechnung des individuellen förderungsbetrages wird in erster linie das familieneinkommen zugrunde gelegt: das einkommen von vater, mutter, ehegatten und eigenes einkommen. entscheidend für die anrechnung des eigenen einkommens ist das einkommen während des bewilligungszeitraums. alle übrigen einkommensangaben beziehen sich auf das kalenderjahr zwei jahre vor förderungsbeginn (für den bewilligungszeitraum 1. 10. 72 bis 30. 9. 73 also das einkommen von 1970) (siehe unterschied bei honnefortzahlung). eine ausnahme ergibt sich dann, wenn das laufende einkommen der eltern oder des ehegatten erheblich unter dem normalerweise zugrunde zu legenden früheren einkommen liegt. dann gilt das geringere einkommen als berechnungsgrundlage.

wenn ein einkommensnachweis nicht zu erbringen ist, weil die entsprechende steuererklärung vom finanzamt noch nicht bearbeitet ist, dann gilt diese steuererklärung selbst als vorläufiger einkommensnachweis. (achtung: eventuell spätere rückzahlungsforderungen!) eltern, die sich weigern, einkommensangaben zu machen, werden mit einer geldbuße bis zu 5 000 mark bedroht. da die finanzämter auf dem wege der amthilfe zu auskünften verpflichtet sind, können die eltern aus solcher weigerung keinerlei vorteil ziehen.

### familienunabhängige förderung:

(das von illusionisten erhoffte ziel der ausbildungsförderungsreform.) bafög hat die möglichkeiten, familienunabhängig gefördert zu werden, gegenüber honnef drastisch eingeschränkt. das verfahren läuft wie folgt:  
1) dem antrag ist eine formlose erklärung des antragstellers beizufügen, daß der unterhaltsverpflichtete unterhaltszahlungen überhaupt nicht oder nur teilweise leistet.  
2) das afa gewährt dann ein volles stipendium als „vorausleistung“ (§ 36) und behält sich zugleich das

recht vor, die zahlung, die rechnerisch vom unterhaltsverpflichteten zu leisten wäre, an diesen überzuleiten. (aus gegebenem anlaß weisen wir darauf hin, daß der antragsteller auf der tatsächlichen zahlung dieser vorausleistung bestehen kann.)

3) vor der überleitung soll eine „anhörung“ des unterhaltsverpflichteten stattfinden.

4) der überleitung kann der antragsteller „aus wichtigem grunde binnen eines monats nach unterrichtung durch das amt für ausbildungsförderung widersprechen“ (§ 37)

5) das afa entscheidet dann, ob diesem widerspruch stattgegeben wird. 6) im positiven fall tritt dann an die stelle des stipendiums ein mit 4% zu verzinsendes darlehen. (das kann teuer werden!)

das akafög will maximalbedingungen benennen, die als kriterium dafür gelten, ob überhaupt an die eltern übergeleitet werden soll. danach ist von folgendem auszugehen: wer die hochschule über den zweiten bildungsweg erreicht hat und mehrere jahre berufstätig war und verheiratet ist und ein gewisses ansehnliches alter erreicht hat, der kann damit rechnen, ohne elterliche unterstützung ein stipendium zu bekommen. das genügt natürlich nicht. wir haben deshalb in einer unterredung zwischen asta und akafög beschlossen, einen beratungsausschuß zu gründen, der dem entscheidungsbevollmächtigten afaangestellten für eine möglichst progressive auslegung dieser bafögparagrafen juristische argumentation liefern soll.

### förderungsdauer:

für jede fach- und ausbildungsrichtung sind bestimmte höchstsemesternumzahlen als förderungshöchstdauer zugrundegelegt. auf antrag kann über diesen zeitraum hinaus förderung bewilligt werden. dieser antrag ist auch erforderlich, wenn examensleistungen sich um einige wochen oder monate über den bewilligungszeitraum, bzw. die förderungshöchstdauer hinaus hinziehen (§ 15).

### honnef-fortzahlung:

nach der besitzstandswahrungsklausel (§ 60) kann der antragsteller auf weiterförderung nach dem honnefer modell bestehen, wenn er unmittelbar vor inkrafttreten von bafög einen gültigen bewilligungsbescheid von honnef hatte. wer nach honnef familienunabhängig gefördert wurde, (400 mark), erhält auch jetzt nur den gleichen betrag ohne anpassung an die stipendien-erhöhung! wer nicht weiß, nach welcher förderung er besser gestellt ist, kann sich vom afa den förderungsmaßbetrag nach beiden berechnungsarten ermitteln lassen, um nach der günstigeren methode gefördert zu werden. achtung: z. tl. unterschiedliche einkommenszeiträume maßgeblich. z. b.: bewilligungszeitraum 1. 10. 72 bis 30. 9. 73: für bafög: einkommen aus 1970; für honnef: für 1. 10. 72 — 31. 12. 72:

Radovan Richta und Kollektiv  
**Technischer Fortschritt und Industrielle Gesellschaft.**

Einleitung von Ossip K. Flechtheim  
ma 22 230 Seiten 12 Mark

Thema des Buches ist der moderne technisch-wissenschaftliche Fortschritt. Die ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und anthropologischen Parameter des menschlichen Lebens befinden sich in einem ununterbrochenen Veränderungsprozeß. In den Aufsätzen dieses Bandes versuchen die tschechischen Autoren aufzuzeigen, wohin diese Veränderungen führen, welche Alternativen sich der Menschheit gegenwärtig auftun.

Von Radovan Richta und Kollektiv erschien 1971 im makol verlag:  
RICHTA-REPORT. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts  
ma 10 432 Seiten 12 Mark  
„In der Tat enthält dieser Report eine Fülle detaillierter Informationen... die nicht nur dokumentarisches Interesse verdienen und die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Gesellschaftswissenschaften beweisen.“ Frankfurter Rundschau, 18. 12. 1971

Thomas Meyer

**Zwischen Spekulation und Erfahrung**  
**Bemerkungen zur Wissenschaftstheorie von Jürgen Habermas**

ma 23 72 Seiten 6 Mark

Der Autor kritisiert Habermas' Angriff auf den objektivistischen Wahrheitsbegriff und zeigt auf, daß die von ihm angebotene Alternative letztlich auf eine Welt als Wille und Vorstellung hinausläuft; Interessen können Erkenntnisse nicht ersetzen, sonst wären sie Instinkte und Erkenntnis überflüssig. Thomas Meyer diskutiert entscheidende Kriterien der empirischen Wissenschaften und antwortet auf deren Kritik durch Adorno und Habermas.

Max Adler

**Marx und Engels als Denker**

ma 25 234 Seiten 12 Mark

Max Adler war der philosophische Theoretiker des Austromarxismus. Er führt die geistigen Biographien von Marx und Engels vor und diskutiert das Grundkonzept des Historischen Materialismus. Adler distanziert Marx und Engels und sich selbst vom philosophischen Materialismus, indem er konsequent die mechanische Kausalitätstheorie kritisiert. Gleichzeitig kritisiert er auch den Widerspruchsbegriff der spekulativen Dialektik.

einkommen aus 1970, für 1. 1. 73 bis 30. 9. 73: einkommen aus 1971.

honnefempfänger haben u. u. die möglichkeit, bei den wohnungsämtern wohngeld zu beantragen.

### krankheit:

im krankheitsfall zahlt bafög 3 monate lang das stipendium weiter, auch wenn während dieser zeit das studium nicht fortgesetzt werden kann. zeitraubende erkrankungen sind dem afa mitzuteilen (u. u. wichtig für spätere überschreitung der förderungshöchstdauer). es ist jedoch unratam, sich im krankheitsfall beurlauben zu lassen, weil für die zeit der beurlaubung auf jeden fall der förderungsanspruch erlischt.

### studienbescheinigung:

bafög-empfänger sollen wieder zu „ordentlicherem“ studium gezwungen werden als die söhne und töchter der sozialen Oberschichten. wehrt euch solidarisch gegen den unsocialen zwischenprüfungsdruck nach dem 4. semester! für die fortsetzung der bafög-förderung genügt eine bescheinigung der jeweiligen abteilung über den bisherigen ordnungsgemäßen studiengang. wer keine zp abgelegt hat, kann durch schein oder studienbuch nachweisen, daß er gemäß der studienordnung seines faches für die weitergewährung der förderung qualifiziert ist. das asta-sozialreferat ist dabei, eine für alle abteilungen gültige regelung auszuarbeiten. unterstützt den asta dabei durch information und entsprechende initiativen auf fachschafts- und abteilungsebene! zuständig für solche regeln ist das dekanat, bzw. die fakultät.

### studienfachwechsel:

wenn die studienfächer gewechselt werden, kann auf antrag die neue fachrichtung für die dauer eines vollen studiums gefördert werden. der fachwechsel ist sinnvoll, wenn möglich zwingend zu begründen.

### überbrückungsdarlehen:

wenn die stipendienauszahlung (oder -entscheidung) in verzug gerät, hat das akafög die möglichkeit, unbürokratisch den zeitraum der vorübergehenden mittellosigkeit des antragstellers mit einem kurzfristigen darlehen zu überbrücken. achtung: dieses darlehen ist auf jeden fall im moment der stipendiennachzahlung zurückzubezahlen. immer wieder verbrauchen studierende darlehen und nachzahlung. das produziert schwierigkeiten und zusätzliche kosten. da bafög für viele das einzige einkommen darstellt, braucht sich niemand zu scheuen, auf der zahlung eines überbrückungsdarlehens zu bestehen.

### vermögensanrechnung:

(vgl. §§ 26 ff) das vermögen von antragstellern, deren eltern oder ehgatten wird nur angerechnet, wenn dafür im vorletzten kalenderjahr vor beginn des bewilligungszeitraums vermögenssteuer zu entrichten war. (fortsetzung nächste bsz)



amnesty international – Iranspezialgruppe

# FOLTERUNGEN

Reza Rezaei gehörte einer Gruppe von 75 verhafteten Oppositionellen an. Er wurde auf eine Art gefoltert, die keine Spuren an seinem Körper hinterließ. Man folterte ihn auf diese Weise, um ihn nach außen hin hell und unverändert erscheinen zu lassen und ihn als Köder benutzen zu können. Es gelang ihm zu fliehen, ohne daß er bisher wieder verhaftet werden konnte. Seither befindet er sich ständig auf der Flucht. Drei Monate lang hatte man ihn gefoltert. Über seine Folter und die an anderen Mithäftlingen verübten Verbrechen schrieb er folgenden Bericht:

„Leider bleibt keiner der Männer, die den Spezialfolterungen der SAVAK unterworfen werden, am Leben. Begründet kann das damit werden, daß die Männer entweder unter der Folter versterben oder erschossen werden. So soll das Geheimnis der SAVAK gewahrt werden. Die zuverlässigen Berichte der Gefangenen, die mildernden Foltern unterzogen wurden, sind in der Lage, das Ausmaß der Grausamkeit, die durch die Schinder der SAVAK und des Regimes täglich begangen werden, aufzuzeigen. Grausamkeiten, die an Menschen verübt werden, die wegen ihrer freihetlichen Gesinnung in die Krallen des Regimes fielen.

Psychologisch können diese Folterknechte zu Gangstern und Sadisten gezählt werden. Diese Menschen, die man sonst unter Verbrechern suchen müßte, hätten sie diesen Beruf nicht gewählt, stecken voller Komplexe. Sie haben verschiedene Kurse zur Ausbildung als Ranger, Polizisten, Spione und Folterknechte absolviert, letztere mit dem Ziel, bei den Folterungen keine Spuren zu hinterlassen. Die letzten Methoden Amerikas und Israels dienten hierzu als Anhaltspunkte. Die amerikanischen und israelischen Berater entwerfen Pläne zur Vernichtung der oppositionellen Gruppen und zu Foltermethoden.

Aus zweierlei Gründen wird gefoltert:

Zum einen, um den Oppositionellen Angst einzufloßen, damit sie ihren Kampf aufgeben, zum anderen um Gefangene, von denen man annimmt, daß sie organisiert waren, zum Sprechen zu bringen. Der letztere Grund ist der Hauptbeweggrund. Diese Gefangenen werden dann auch den härtesten Folterungen unterworfen, um sie zur Herausgabe ihrer Geheimnisse zu zwingen.

Unter den gegenwärtigen Umständen, in denen sich unser Land befindet, wo verschiedene Gruppen den bewaffneten Kampf begonnen haben, haben auch die Foltermethoden ein unmenschliches Ausmaß angenommen. Ein Partisan wird z. B. sofort nach seiner Festnahme der Folter unterworfen. Erfahrungsgemäß sind die Folterungen in den ersten 24 Stunden die härtesten. Zu den am liebsten angewandten physischen Foltern gehören das Auspeitschen mit Kabeln, Karateschläge mit Hand und Fuß.

## Die Methoden

Die körperliche Folter wird bis zum Verlust des Bewußtseins ausgeführt. Schläge mit Kabelpeitschen auf die Beine werden so lange ausgeübt, bis die Haut in Fetzen herabhängt. Das Laufen verursacht dann unerträgliche Pein. Außerdem kommt es dabei häufig zu Frakturen an Beinen, Armen und im Gesichtsbereich, z. B. des Nasenbeins. Nach grober Versorgung der Verletzung wird die Folter unter besonderer Berücksichtigung der bereits schwer verletzten Partien fortgesetzt. Solchen Folterungen kann ein Mensch nur schwer widerstehen.

Den aus der Bewußtlosigkeit langsam zu sich Kommenden werden anschließend Geständnisse abgepreßt. Ein so Erpreßter muß neben seinem Schuldbekenntnis unterzeichnen, daß sein Geständnis freiwillig und im Zustand der vollen Gesundheit abgelegt wurde. Dieser Schuldbeweis wird dann den Gerichten vorgelegt. Bemerkenswert dabei ist, daß der SAVAK völlig willkürlich vorgeht und trotzdem der Öffentlichkeit seinem Treiben den Anschein der Gesetzmäßigkeit vorzutäuschen sucht.

Ich berichte nun über einige Folterungen, die ich mit eigenen Augen gesehen habe und von Menschen, die diesen Folterungen ausgesetzt waren, damit das iranische Volk von diesen Verbrechen Kenntnis erhält.

Den Ingenieur Asghar Badisadeh fesselte man an Armen und Beinen an ein Metallrost. Darunter wurde eine Heizquelle angebracht. Die nach der Inbetriebnahme dieses Foltermechanismus entstandenen Verbrennungen führten zur Ohnmacht. Es entstanden schwere Verbrennungsschäden im Bereich der Wirbelsäule und Schädigungen der Rückenmarkanteile. Asghar Badisadeh war dem Tode nahe, als man von ihm abließ und ihm die Fesseln löste. Eine Woche lang lag er in einem Raum, ohne daß er behandelt wurde. Dieser Raum sei von unerträglichem Gestank erfüllt gewesen, der den Verbrennungswunden entströmte. Kein Mensch betrat diesen Abstellraum.

Schließlich entschloß man sich, A. B. zu behandeln. Er wurde drei Mal operiert, wobei man verkohlte Wirbelkörperanteile entfernte. Seither kann A. B. nicht laufen, sein Rücken ist verkrümmt und er bewegt sich auf Händen fort.

Der Ingenieur Abbas Meftahi, der der Siakh Gruppe angehörte, wurde 14 Tage lang gefoltert. Er

widerstand den Folterungen und verriet niemanden.

Dem Ingenieur Sawalani, der ebenfalls dieser Gruppe angehörte, wurden beide Beine mit einem Stemmeisen gebrochen. Seine Beine waren lange Zeit in Gips, er kann seither nicht richtig laufen.

Folterungen mit stromleitenden Stäben gehören zu den geläufigsten Foltermethoden, denn sie hinterlassen kaum Spuren und rufen heftigste Schmerzen hervor. Medikamente, wie z. B. Cardiazol und Psychopharmaka, die den Willen lähmen, starke Elektroschocks, Ultraschall, UV-Licht, das Ausreißen von Nägeln, Schläge auf den Kopf, die bis zur Erblindung und auch bis zum Wahnsinn führen, gehören ebenfalls in das Folterrepertoire. Ich sah einen solchen, durch Schläge zum Wahnsinn Gebrachten, andere, die ihre Hör- oder Sehkraft durch die Folter verloren haben.

Zur Folter werden auch Gewichte, die an den Hoden befestigt werden, benutzt. Einer der Mithäftlinge, der einer solchen Prozedur unterzogen worden war, konnte über mehrere Tage hinweg kaum Wasser lassen. Das Einführen von Flaschen in den Enddarm, Gewichtshandschellen, Unterbringung in Gefängniszellen, die so feucht und dunkel sind, daß selbst die Wärter sich weigern, dort Dienst zu tun, sind geläufige Torturen.

Fordert die internationalen Gremien auf, die Gefängnisse zu untersuchen. Diese feuchten Zellen messen in der Breite 120 cm, in der Länge 200 cm und in der Höhe ebenfalls 200 cm. Sie haben ein Fenster von einer Größe von 30x40 Zentimeter, das auf den Gang führt. Auf den Gängen vor den Fenstern hängen Glühbirnen, die die Zellen nur schwach beleuchten und die manchmal sogar ausgeschaltet werden.

Der Gefangene kann Tag und Nacht kaum unterscheiden. Die Belüftung ist unerträglich. Solche Zellen sind zeitweise mit drei Gefangenen belegt, die dann unter diesen Umständen schwer schlafen können. Die Luftfeuchtigkeit ist so hoch, daß Zuckerrüben zerfallen, um den sich dann Ameisen sammeln.

## Die Wärter

Den Wärtern, die einfache Soldaten sind, wird immer gesagt, daß die Gefangenen Diebe, Verräter und Vergewaltiger seien. Sie sollen aufpassen und sich den Gefangenen nicht nähern, denn diese hätten keine Scheu, die Wärter umzubringen. Trotz dieser Propaganda gibt es kaum einen Soldaten, der nicht von der Charakterstärke dieser Männer beeinflusst wird und dann nicht versucht, das Schicksal dieser Männer zu mildern, z. B. bei der Zuckerausstellung die Ration größer zu halten, als angeordnet. Dieses ist auch der Grund, warum die Wärter sehr häufig ausgetauscht werden.

Oft wundern sich die Aufpasser auch, warum diese Männer — häufig Geistliche, Doktoren und andere Akademiker — so gefoltert werden. Das Regime wird ihnen niemals die Antwort darauf geben. Das Gebet und das Rezitieren des Korans durch die Gefangenen, weckt bei den Wärtern oft die Frage, ob die Gefangenen tatsächlich

Mohammedaner seien. Ein Soldat sagte: „Wenn sie mich zum Erschießen dieser Gefangenen beordern, werde ich zuerst meinen befehlgebenden Offizier und dann mich umbringen.“

Appelliert immer wieder an die verantwortlichen internationalen Gremien, daß sie unsere Gefängnisse und die Haftbedingungen untersuchen!

In Evin, der modernen Folterkammer des Regimes, wird keinem Gefangenen die Erlaubnis zum Lesen, zur körperlichen Betätigung oder zum Rundgang im Gefängnishof gegeben. So wird ein politischer Gefangener völlig willkürlich geprügelt, weil er laut gesprochen, gesummt oder gesungen hat. In den Gemeinschaftszellen werden teilweise bis zu 30 Personen untergebracht. Man sollte außerdem eher von Gefängnis-Krankenhäusern sprechen als von Gefängnissen, denn alle sind gefoltert und dementsprechend mit Wunden übersät.

Unsere politischen Gefangenen würde es besser gehen, wenn man sie wie Kriegsgefangene behandeln würde, denn diese genießen nach internationalen Vereinbarungen noch gewisse Rechte. In keinem Land der Erde werden Verbrecher so wie unsere gefangenen Oppositionellen behandelt. Die Gefangenen von Evin dürfen keinen Besuch empfangen. Es gibt Gefangene, die ihre Familien länger als ein Jahr nicht gesehen haben.



Das Leben in den Gefängnissen reduziert sich auf Essen, Schlafen, geprügelt werden und Beleidigungen empfangen. Gott behüte, daß einer krank werde! Der Arztgehilfe des Gefängnisses, der ein Agent der SAVAK ist, versucht mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, die Gefangenen zum Reden zu bringen. Seine Aufgabe löst er höchstens im Verteilen von schmerzstillenden Mitteln.

Öffnet eure Ohren und hört die Schreie der Gemarterten!

Protestiert und weckt das Gewissen der Weltöffentlichkeit, damit auch bis zu ihrem Ohr der Aufschrei dringt! Öffnet eure Augen und schaut auf die tiefen Wunden, die durch Peitschenschläge geschundenen Körper!

Damit ihr wißt, was es heißt, vier Stunden auf einem Grill zu braten, nähert eurer Haut eine brennende Zigarette!

## Jusos contra BSU/SLH

Im studentischen Wahlkampf anläßlich der kommenden SP-Wahlen tritt eine Hochschulgruppe — wie jedermann inzwischen zur Kenntnis genommen haben dürfte — mit einem besonderen Anspruch auf: Die BSU/SLH bemüht sich krampfhaft darum, ein sozial-liberales Image zu bekommen. Der besondere Grund der CDU-regierten Rechtstruppe ist der, für Jungsozialisten und Sozialdemokraten wählbar zu sein. Wen wundert es, wenn sich an dieser Stelle Jungsozialisten und SDP-Mitglieder aufklärend und informierend an die vom liberalen Gutgeist einzufangende Studentenschaft wenden?

Wie stellt die BSU/SLH es an, um für Jusos aller Schattierungen wählbar zu werden? Zunächst mal versucht man denjenigen aus dem Feld zu schlagen, der eigentlich für Jusos wählbar sein dürfte: Man verketzert und verhetzt den SHB/SF, wo es nur geht. Wie unsäglich diese Art und Weise der politischen Auseinandersetzung abläuft, kann man schon daran ersehen, daß sich das reaktionäre Sprachrohr der BSU, der contrapunkt, vor Gegenstellungen und Richtigstellungen in letzter Zeit kaum noch retten kann. (Zuletzt: Letzte Ausgabe, Nr. 26) Gleichzeitig versucht man natürlich, alte, konservative Inhalte in eine neue, gelehrt-progressive Sprache zu kleiden.

Aus diesem Grunde schauen wir Jungsozialisten uns einmal das Grundsatzprogramm etwas näher an: Der historische Materialismus soll z. B. mit primitiver Unverbindlichkeit, wie: „Veränderungen in der Gesellschaft vollziehen sich nicht sprunghaft, sondern in einem kontinuierlichen, vom Menschen steuerbaren Prozeß“, angeblich „als dogmatisch entlarvt“ werden. Mit

solch nichtissagendem Blah-Blah will man Jusos auf seine Seite bekommen?

Weiterhin maßt sich die BSU an, die SPD bei ihren Linksabgrenzungen auf die Schulter zu klopfen (siehe contrapunkt Nr. 26) und im gleichen Tatvollzug, wo es nur geht, alle Sozialdemokraten im Rahmen der antikommunistischen und antisozialistischen Bayernkurier-Masche in den Hintern zu treten.

Das sozial-liberale Demokratieverständnis der BSU geht von einer sogenannten „pluralistisch-empirischen Demokratie“ aus, wobei die Wissenschaft nicht in der Lage sein soll, Wahrheiten festzustellen, sondern lediglich die Wirklichkeit erklären darf. Diesen Mist hätte man eigentlich noch besser verpacken sollen, damit er nicht so offensichtlich ins Juso-Auge ging.

Kurz und gut: Nach eingehendem Studium der vorliegenden Unterlagen ist die BSU/SLH auf gar keinen Fall für Jusos wählbar! Die BSU trägt mit ihren Zielsetzungen ganz eindeutig dazu bei, den gesellschaftlichen Stillstand einzulei-

**Reifen-Dornhardt**  
Reifentachhändler  
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb  
Deta-Batterielager  
Sonderpreise für Uni-Angehörige  
463 Bochum  
Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68  
gegenüber Opel-Eingang I

*Men like its  
flavor Women  
love its aroma*

**RUM and  
MAPLE**  
PIPE  
MIXTURE

Großpackung  
250g 12.50 DM

## Türkei – Objekt des Imperialismus

Die Türkei, als Land an der Peripherie des europäischen Kapitalismus, war seit dem Hinüberwachen des Kapitalismus in sein höchstes Stadium, den Imperialismus, mit der Herrschaft der Monopole und der Großbanken, stets eine Region der Auseinandersetzungen der verschiedenen imperialistischen Nationen um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären. Den wenigen kapitalistischen Enklaven, in denen die Industrialisierung — verglichen mit den meisten anderen sogenannten Entwicklungsländern — weit fortgeschritten ist, steht ein riesiges Hinterland gegenüber, an dem der Entwicklungsprozeß fast spurlos vorübergegangen ist.

Dort, wo in den letzten zwei Jahrzehnten überhaupt eine Entwicklung stattfand, hat sich diese finanziell und strukturell in weitgehender Abhängigkeit vom ausländischen Monopolkapital vollzogen. Angesichts der sich mehrenden Realisierungs- und Verwertungsschwierigkeiten, denen sich das Kapital in Westeuropa heute gegenüberübersieht, bietet die Türkei eine denkbar günstige Ausweichbasis, als Investitionsgebiet und Absatzmarkt.

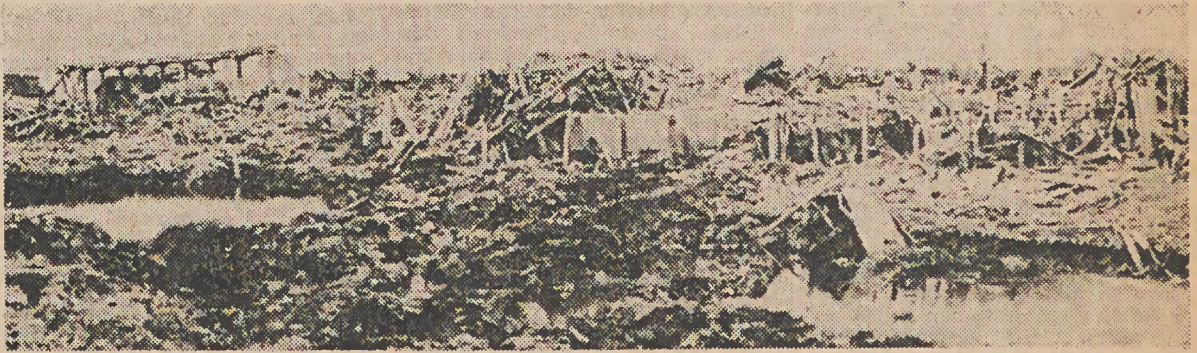
Mit der relativen Schwächung des US-Imperialismus betritt das BRD-Kapital verstärkt die politische Weltbühne und nimmt in bestimmten Regionen mehr und mehr den Platz der USA ein.

Nach Rückgang der Dollar„hilfe“ sprang die BRD mit 175 Mill. Mark sofort in die Bresche. Die deutschen Imperialisten leiten ihr Geld vor allem über supranationale Kanäle wie die OECD und die NATO in die Türkei. Die Militärhilfe ist erheblich: Sie betrug 1962 — 1967 250 Mill. Mark. Im Außenhandel steht die BRD vor der USA an erster Stelle. Zudem hat sie ein Monopol auf türkische Arbeitskräfte, von denen sich z. Z. über 300 000 in Westdeutschland befinden.

Selbst der Pearson-Report kommt um die Feststellung nicht umhin, daß die Türkei für das ausländische Kapital ein „höchst lukratives Unterfangen“ darstellt. Denn während die privaten Auslandsinvestitionen in den letzten Jahren nur eine Höhe von 20 Mill. Dollar erreichten, betragen die Profittransfers inzwischen jährlich mindestens 25 Mill. Dollar. (vgl. Pearson-Report Bd. I, S. 123—124)

## Die innere Lage

Die ohnehin geringe Entwicklung, die in Abhängigkeit von den ausländischen Konzernen und deren Interessen stattfand und sich nach den Gesetzen der Kapitalverwer-



ten und jeden Fortschritt abzublauen.

Wer BSU wählt, hat sich für die Hochschulpolitik der wildgewordenen Lederhosen aus Bayern entschieden, denn die Drahtzieher dieser Rechts-Truppe sind erzkonservative CDU-Marionetten. Da es erklärtes Juso-Ziel ist, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, kann kein ernsthafter Jungsozialist dieser Gruppe seine Stimme geben.

Wir meinen: Die Rechtskraft BSU hat die fortschrittlichen Gruppen wie SHB/SF genug denunziert. Wir fordern auf, der Formation der Rechten durch eine weitere Stärkung des SHB/SF entgegenzuwirken. Solidarisches Vorgehen der Linken, einschließlich aller Jusos an dieser Hochschule wird unter dem „sozial-liberalen Fortschrittmantelchen“ der BSU, das zum Vorschein bringen, was in Wirklichkeit dahintersteckt: Neues Handwerkszeug der CDU, ein neues Instrumentarium konservativer Machtpolitik! Geschwätz aus dem Begriffs-Eintopf der schwarz-braunen CDU-Küche

Gegen die Hochschulpolitik der BSU/SLH!  
Gegen die Formation der Rechten an der Hochschule und in den Betrieben!  
Wählt SHB/SF!

JUSOS IN DER SPD,  
GRUPPE SOZI-INFO  
18. 6. 1972

## Lieber tot als rot?

Nixon wird wohl bald seine Truppen aus Vietnam abziehen können, jedenfalls hat er bald die Bevölkerung Südvietnams ausgerottet. So wurde vor kurzem bekannt, daß 1968 im Rahmen eines „Pazifizierungsprogramms“ im Mekong-Delta 5000 Zivilisten von den amerikanischen Soldaten umgebracht worden sind.

Bei diesem Angriff, dem „Speedy Express“, wurde ein Gebiet verwüstet, in dem der Vietcong schon eine eigenständige Wirtschaft aufgebaut hatte. Die Bevölkerung war dort mit Schulen und Krankenhäusern bestens versorgt, die meisten Familien waren im großen Reis-anbaubereich beschäftigt. Dies Gebiet wurde nun von den Amerikanern überfallen, wobei insgesamt 10899 Menschen umkamen.

Die ganze Sache war aufgefliegen, als man entdeckte, daß trotz der

tung zu richten hatte, konnte unter keinen Umständen den Bedürfnissen des Landes und der Bevölkerung gerecht werden. Vielmehr verstärkten sich die sozialen Gegensätze im Innern, so daß die jeweiligen Regierungen stets mehr als 30 Prozent des Budget für das Militär aufbringen mußten, um „Ruhe und Ordnung“ zu gewährleisten.

Die Lage in den Dörfern ist katastrophal. Etwa 2/3 der Bevölkerung leben im Dorf mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 200 DM. In den Städten bilden sich riesige Slums durch die ständig ansteigende Landflucht. Über die zusätzliche Bedrohung des niedrigen Lebensstandards der Arbeiterklasse und anderer Teile des Volkes gibt der Lebenshaltungsindeks Auskunft, der über einen Zeitraum von 10 Jahren eine Preissteigerung um 200 Prozent konstatiert, während die Löhne lediglich um ganze 45 Prozent gestiegen sind.

Das Analphabetentum ist sehr hoch, die „galoppierende Inflation“ kaum aufzuhalten.

Daß nichtsdestoweniger die Gewinne der „Unternehmer“, als wesentlicher „Bestandteil der Grund- und Menschenrechte“, eines besonderen Schutzes vor der arbeitenden Bevölkerung bedürfen, stellte der Kommandeur des Ausnahmezustandes von Ankara gleich am Anfang seiner Arbeit in einer Presseerklärung fest:

„Wir werden nicht zulassen, daß die Ruhe in der Arbeitswelt auch nur für einen Tag gestört wird!“

Die sich langsam organisierende und erstarkende Arbeiterbewegung hatte verschärfte Repressionen zu gewärtigen. Die parlamentarische Illusion des Weges zum Sozialismus zerbrach unter den Militärtiefen der Armee und der türkischen Gestapo.

Allein im letzten Jahr wurden weit mehr als 5000 Professoren, Schriftsteller, Lehrer, Studenten, Arbeiter und Bauern verhaftet und in Konzentrationslager geworfen.

Das hat wiederum gezeigt, daß für die Bourgeoisie das Parlament nur eine leere Hülle ist und nur ein Mittel darstellt, das ihre Herrschaft über die Massen erleichtert und reibungsloser ablaufen läßt. In dem Moment, wo sie ihre Macht gefährdet sieht, greift sie zu anderen Methoden der Herrschaft, indem sie ihren ganzen Staats- und Unterdrückungsapparat einsetzt, um gegen das Volk vorzugehen.

Der wütende Terror ist letztlich aber nur Ausdruck ihrer Schwäche und der Angst, die die Herrschenden vor der Bewußtwerdung des Volkes haben. Für das Volk jedoch stellen diese bitteren Erfahrungen eine Lehre dar:

„FÜR ALLES REAKTIONÄRE GILT, DASS ES NICHT FÄLLT, WENN MAN ES NICHT NIEDERSCHLÄGT.“

**Buchbinderarbeiten**  
gut, preiswert und schnell  
**Buchbindermeister C.-L. HEBLER**  
**Bochum-Querenburg**  
Sauerbruchstraße 29      Telefon 70 10 27  
Hedwigstraße 5      Telefon 6 03 50



Die neuerliche Verschärfung der Lage in Griechenland und die brutale Reaktion der Junta werden in dem folgenden Bericht eines griechischen Genossen, der die Kämpfe aus eigener Anschauung kennt, analysiert und erläutert.

## Entlarvung einer Scheindemokratisierung in Griechenland:

Die griechische Obristenjunta hat viele Gründe, Demokratie vorzutäuschen und einen solchen scheindemokratischen Eindruck aufrechtzuerhalten. Sie ist nach außen hin gezwungen, das Bild eines „demokratischen Griechenland“ vorzugaukeln:

1) um auf lange Sicht die auch von den kapitalistischen Ländern geförderte Perspektive eines Eintritts in die EWG nicht zu gefährden.  
2) wegen der Natoverpflichtung, hier besonders wegen des Druckes einiger liberaler Regierungen in Europa (Dänemark, Schweden, Holland etc. und einer fortschrittlichen Opposition in diesen Ländern, die den Abbruch politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu einem faschistischen Land als Möglichkeit auftauchen lassen.

stand die Aktionen und eingeschlagene Taktik, sowie auch die theoretischen Aussagen der ohne parteiliche Rückendeckung vor Gericht stehenden Revolutionäre verfolgten und aufnahmen. Sie orientierten sich zudem an der deutschen und französischen (Mairevolte) Studentenbewegung und den Theorien und Praktiken der lateinamerikanischen Guerillas.

So fand, sowohl durch die tägliche faschistische Wirklichkeit, als auch die theoretische Auseinander-



Noch sind die Obristen nicht so weit . . .

Vertreter eines solchen „flexiblen“ Faschismus ist Papadopoulos, der sich in Machtkämpfe mit dem sog. „harten Kern“ (Polizeichef Ladas, Innenminister Pattakos) verwickelt sieht. (siehe „Mangakis-Affäre“)

Dieser Taktik zufolge wurden zum Beispiel in jüngster Zeit solche politischen Gefangenen entlassen, die einflussreiche Freunde im Ausland hatten und deren Freilassung man propagandistisch auswerten konnte, während unbekannte und aktive Genossen weiter in den Gefängnissen saßen. (So ließen sie nacheinander Andreas Papandreu, Mikis Theodorakis und Giorgos Mangakis frei.)

In diesen Zusammenhang gehört auch die allmähliche Entlassung (wobei sie jedoch weiterhin unter der ständigen Kontrolle der Sicherheitspolizei stehen) der politischen Gefangenen, die 1967, also direkt nach dem Putsch, wegen ihrer politischen Tätigkeit vor 1967 inhaftiert wurden. Somit konnte Papadopoulos behaupten, es gäbe keine politischen Gefangenen mehr.

Anderserseits werden die politischen Häftlinge, die nach dem Putsch ins Gefängnis geworfen wurden, als Kriminelle bezeichnet. Sie werden verurteilt, weil sie gegen die von der faschistischen Junta erlassenen, bzw. wieder eingeführten Gesetze verstoßen haben. Diese Delikte bestanden entweder in der Herstellung von Flugblättern oder in der Vorbereitung von Protestaktionen. Politische Tätigkeit wird kriminalisiert.

**Bilanz der Widerstandsbewegung:** Obwohl viele Widerstandskämpfer nach dem Putsch oppositionelle Gruppen gegen die Junta bildeten, wird im Ausland fast ausschließlich von den Gefangenen gesprochen, die der PAM und der PAK angehören. Die wirklichen Revolutionäre bleiben ungenannt. Die parteilichen Organisationen haben bisher nichts erreicht, weder die angestrebte Zerschlagung der Diktatur (lange Zeit war die Parole: Verunsicherung der griechischen Diktatur, vor allem der ausländischen Kapitalinteressen durch Demonstrationen und Bomben, so daß mit Hilfe des Auslandes, sogar der USA (!!!) der Sturz der Junta ermöglicht würde), noch das Vertrauen des Volkes (Massenaktionen) wurde erreicht.

**Radikalisierung der Studentenbewegung:**

Außerhalb der parteilichen Widerstandsorganisationen bildeten sich an den Universitäten kleine Studentengruppen, die von konkreter Praxis aus und in unmittelbarer Verbindung zum aktiven Wider-

setzung mit der revolutionären Strategie, eine konsequente Politisierung der Studenten statt. Das Resultat war die Formierung und Organisation der Studentenschaft und die Kontaktaufnahme zum Proletariat.

Die politische Praxis begann mit der Problematisierung der Widersprüche zwischen der Juntaverfassung von 1968, die das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Wahl der Studentenvertreter vorsah, und der praktischen Wirklichkeit dieser „Verfassung“. Im Rahmen solcher Forderungen organisierte man Unterschriftensammlungen und forderte die Absetzung der von der Junta diktierten „Studentenvertreter“.

Ferner wurden Streikkomitees gebildet, die eine Reform des antiquierten und repressiven Bildungssystems forderten. Der Streik an den Fachhochschulen für Ingenieurwesen in Athen und Saloniki im März und April war ein erster Erfolg.

Die Gärung unter den Studenten ging (und geht) weiter, ein erster Höhepunkt war erreicht, als sich am 21. 4. 1972, dem fünften Jahr des Faschismus in Griechenland, spontane Versammlungen in der Universität zu offenen Massendemonstrationen in den Straßen entwickelten.

Ein solches Ausmaß spontaner antifaschistischer Aktivität überraschte selbst die Obristen und jagte ihnen Angst ein. Man rechnete dort nur mit Aktionen parteilich gestufter Widerstandsorganisationen, die man im Griff hatte und kontrollieren konnte. Diese Entwicklung zwang die Junta, offen ihr wahres, faschistisches Gesicht zu zeigen. Die sogenannte „Demokratisierungstendenz“ endete spätestens in diesem Mai mit dem Dekret 269, das den Schießbefehl gegen jede Art von Demonstrationen legitiimierte.

Bei den Polizeiaktionen wurden ungefähr 60 Personen festgenommen, in U-Haft überführt und in der bekannten Art gefoltert. Rechtsanwältinnen durften keinen Kontakt zu den Inhaftierten herstellen. Auf den bloßen Verdacht der Demonstrationenbereitschaft wurden weitere Studenten von der Sicherheitspolizei in Gefängnisse geworfen.

Trotz dieser Verhaftungen, Folterungen und Deportationen konnte der Wille zum Widerstand nicht gebrochen werden.

**Solidarität mit den griechischen Widerstandskämpfern!**

Für den Sieg des griechischen Volkes!

SAG/JAK

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos  
gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service, Verkauf  
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

## Vier Genossen der Projektgruppe Brelohstraße verhaftet

Die Welle der politischen Unterdrückung in Bochum geht weiter: gestern morgen wurden vier Genossen der Projektgruppe Brelohstraße verhaftet. Zwei von ihnen waren bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht wieder freigelassen worden.

Es ist offensichtlich: Die Polizei versucht zur Zeit mit allen Mitteln, jede, aber auch jede politische Arbeit Linker massiver zu behindern. Bis gestern hatte der Staatsapparat es noch bei bürokratischen Fußangeln belassen, nun schreitet man zur offenen Kriminalisierung.

Zeigen wir den Genossen der Brelohstraße unsere Solidarität, wie wir es bereits nach dem Teach-in im April getan haben, zeigen wir, daß wir uns nicht einschüchtern lassen werden.

EINER REVOLUTIONÄR KANN MAN TÖTEN –  
EINE REVOLUTION NIEMALS!



Folgende Resolution wurde am Mittwochnachmittag in der Vollversammlung der SoWis von etwa 300 Kommilitonen verabschiedet (6 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen). Solidarisiert haben sich bisher: Abteilungsrat Abt V. Fachschaften Anglistik, Germanistik, Sprachwissenschaft, Altphilologie, Romanistik.

## RESOLUTION

Heute am frühen Nachmittag ist es in Bochum zu einer erneuten Verhaftung von politisch arbeitenden Studenten gekommen. Betroffen sind diesmal 4 Mitglieder der Projektgruppe Brelohstraße, die wie jeden Tag die Kinder dieses Obdachlosenasyls zum Schularbeitenmachen und Spielen abholen wollten. Seit 2 Jahren versuchen die Studenten dort, ein Programm der Vorschul- und Vorkursbildung in Theorie und Praxis zusammen mit den Eltern der Kinder gegen mannigfachen Widerstand der Behörden zu verwirklichen. Ein Erfahrungsbericht dieser Gruppe, der veröffentlicht wurde, führte vor kurzem zu verschärften Repressionen der Kirchenbürokratie und Staatsbehörden. Die Gründe sind offensichtlich: das Projekt stellt eine praktische Unterstützung der Arbeiterklasse durch Studenten dar, wiederholt wurde versucht, einen Keil zwischen diese Solidarität von Arbeitern und Studenten zu treiben. Daß das nicht gelungen ist, zeigt sich daran, daß die Eltern der Brelohstraße sofort die übrigen Gruppenmitglieder von der Verhaftung benachrichtigt haben.

Diese neuerliche Massenverhaftung politischer Studenten binnen 5 Tagen reiht sich ein in den massiven Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, der sich ausschließlich gegen Linke richtet. Die Aktivitäten gegen die Baader-Meinhoff-Gruppe haben sich damit wiederum als Vorwand für die verschärfte Verfolgung von Sozialisten entlarvt. Die Angst der herrschenden Klasse vor der Bewußtwerdung und dem wachsenden Widerstand des Volkes wird immer größer.

Nach vor den Parlamentsferien sollen Bundesgrenzschutzgesetz, ein verschärftes Ausländergesetz und das Verfassungsschutz-Änderungsgesetz verabschiedet werden. Das letztere soll alle Mittel der Repression, Kontrolle und Bespitzelung legalisieren. Diese Maßnahmen der „inneren Sicherheit“ zeigen, wer die wahren Terroristen in diesem Lande sind, nämlich diejenigen, die das Volk terrorisieren. Nur durch organisierten Widerstand kann der Weg in den totalen Polizeistaat verhindert werden.

Erst der Kampf für den Sozialismus, das heißt für die Unterdrückung der Herrschaft der heutigen Minderheit durch die Mehrheit des Volkes, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, wird der kapitalistischen Ausbeutung und ihrer gewalttätigen Absicherung ein Ende setzen.

**KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG IN BETRIEB, SCHULE UND HOCHSCHULE – FÜR DEN SOZIALISMUS!**

## Sozialistischer Kampf

NR 2/72

Preis: DM 2,-

**INHALT:** Zur Kritik der DKP, Zur Kritik der „KPD“, Ansätze zur Politökonomie des Ausbildungssektors, Materialien zur politischen Unterdrückung, Berufsverbot im Ausbildungssektor, Rote Hilfe, Ansätze zur außeruniversitären Praxis.

Die neu erschienene Ausgabe des „Sozialistischen Kampf“, die 2. Nummer des theoretischen Organs der SAG, versucht, aktuelle Thematik mit theoretischer Analyse zu verbinden.

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit überregional vertretenen linken Gruppen scheint gerade an der RUB notwendig zu sein, wo die Auseinandersetzung zwischen diesen Gruppen bisher wesentlich auf agitatorischer und wenig auf fundierter Ebene vorstatten ging. Eine solche Auseinandersetzung und Abgrenzung erfordert gleichzeitig auch eine Darstellung und Definition der eigenen politischen Position und Analyse.

Erfältlich in der Politischen Buchhandlung und am SAG-Büchertisch in der Mensa.

# Die Chronik

**11. Juni:** Der Besitzer einer Frankfurter Großwerkstatt verschickt an 230 Betriebsangehörige Rundschreiben, die für intensivierte Arbeitshetze sorgen sollen. Der Werkstatt-Boss kündigt an, er wolle „nicht mehr mit Leuten arbeiten, die sich wegen Kleinigkeiten krank melden“.

\*

**12. Juni:** Durch Personalreduzierung und Produktionsrückgang bei VW sind ca. 6 000 Arbeitsplätze der Zulieferindustrie gefährdet.

\*

**12. Juni:** Die kommende Stillelegung der Rheinstahl-Hanomag AG in Hannover wird rund 1000 Arbeitern die Entlassung bescheren.

\*

**14. Juni:** In zwei Bonner Zeitungen dürfen Strauß und v. Guttenberg nach einem Urteil des Kölner Landgerichts auf Kosten zweier Studenten annonciieren, um ihre „Ehre“ wiederherzustellen. Die beiden Verurteilten hatten die Hachfeld-Karikatur, die Strauß als Hakenkreuz zeigt, verteilt.

\*

**15. Juni:** Herausgeber der Zeitschrift des Bochumer Lehrlingskollektivs werden zu Geldstrafen verurteilt, weil sie einen Berufsschullehrer, den sie für einen „miserablen Pädagogen“ halten, eben dadurch „beleidigen“.

\*

**15. Juni:** Im nächsten Semester gibt es an der Hamburger Uni einen totalen Numerus clausus.

**15. Juni:** Zum ersten Mal wird bekannt, daß Petra Scheim offenbar von hinten erschossen wurde, wie bereits berichtet von einem Polizisten durch MP-Einzelfeuer. Die auch von der Staatsanwaltschaft als glaubwürdig angesehene Zeugenaussage, die diesen Tatbestand offenbarte, wurde bisher – warum wohl? – unterschlagen.

\*

**17. Juni:** Mit MP ausgerüstete Polizei überfällt die Räume des Bochumer Lehrlingskollektivs, um in „Sachen BM“ (WAZ) tätig zu werden, was bedeutet: stundenlange Festnahme mehrerer Genossen, Beschlagnahme von Unterlagen, Protokollen, Adressenmaterial... (Liebe BSU: Wurde das schon wieder provoziert?)

Ähnlich ergeht es an diesem Tag vielen Leuten in der Bundesrepublik, die einzelnen Verhaftungen, Durchsuchungen etc. werden jedoch nur kleckerweise, meist in der Lokalpresse, bekannt.

BM ist der gefundene Vorwand für Massendurchsuchungen bei linken Personen und Organisationen.

\*

**19. Juni:** Otto Schily, der vor einigen Jahren zusammen mit Horst Mahler das „Sozialistische Anwaltskollektiv“ gründete, wird unter dem fadenscheinigen Vorwand der Kassiberübermittlung die Verteidigung Gudrun Ensslin entzogen.

\*

**19. Juni:** Die Hetze gegen fortschrittliche Rechtsanwälte zeitigt erste „Erfolge“: In den Räumen des Hamburger Anwaltskollektiv Grönewolf, Degenhardt, Reinhardt wird an drei Stellen Feuer gelegt.

## Gesellschaftsänderung statt Gesetzesänderung

Unter der Parole „Frauen gemeinsam sind stark“ trafen sich am Sonntag, dem 11. 6. im Kölner Gürzenich ca. 2000 Frauen aus allen Städten der Bundesrepublik. Unter dem Thema „Der § 218 muß weg“ klagte ein Frauentribunal Parteien, Kirche, Justiz und pharmazeutische Industrie an. Das Tribunal, bestehend aus 31 Gruppen der Aktion § 218, beschränkte sich im wesentlichen auf moralische Appelle wie „Im Tierschutzverein sind 200 000 Mitglieder, im Kinderschutzverein nur 2000“ und Zitate aus Broschüren der Kirche („Für die Kirche ist die Frau Mutter Gottes oder Hure“).

Zu keinem Zeitpunkt gelang es den Frauen, die Stellungnahmen der verschiedenen Institutionen auf den gesellschaftlichen Hintergrund zu beziehen.

Statt moralischer Entrüstung gilt es, die Analyse des kapitalistischen Systems und seiner Unterdrückungsmechanismen in Bezug auf die Frau zur Grundlage unserer politischen Forderung zu machen:

In allen sozialen Schichten moniert das Leitbild der Frau als Ehefrau und Mutter. Die fundamentale Aussage dieser Ideologie propagiert sogenannte soziale und biologische „Wesensunterschiede“ der Frau, auf Grund derer sie ganz bestimmte untergeordnete Funktionen in der Gesellschaft einnimmt:

— als Dienerin des Ehemannes in der Familie  
— als Lohnabhängige im kapitalistischen System

Eine Arbeiterfrau wird durch ihre gesamte Sozialisation und durch ihr Mißtrauen der bürgerlichen Bürokratie gegenüber nicht wie Frauen der Mittelschicht in der Lage sein, gute Ärzte zu finden, Beratungsstellen aufzusuchen oder vor Kommissionen ihre Situation zu erläutern.

Deshalb genügt die Forderung nach Liberalisierung des § 218 nicht! Erst eine vollständige Abschaffung brächte eine tatsächliche Erleichterung für die Frau, wäre aber auch nur ein erster Schritt.

Der gemeinsame Kampf der Frauen für die Abschaffung des § 218 muß ein Anfang des organisierten weiterführenden Kampfes aller Frauen zur Verwirklichung der Emanzipation sein; und zwar eine Emanzipation, die nicht nur die Frau, sondern auch den Mann betrifft: erst die vollständige Be-

## sozialistische frauengruppe bochum

freierung beider Geschlechter von den Abhängigkeiten des kapitalistischen Systems kann auch die Frau vollständig befreien.

Deswegen kann eine Kampfperspektive der Frauen nur in der Überwindung des Kapitalismus, im Kampf für den Sozialismus liegen!

Sozialistische Frauengruppe Bochum

Studentische Literatur

KUNST & BÜCHER SCHEUNE

Bochum, Lennershofstraße 156 hinter der alten Mensa

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-Loszlo Ostlalk (SHB), Hannes Sanger (SAG), Klaus Rothlalk (SAG).  
Redaktion: Jörg Böhnk, Heinz Schlinkert (SHB), Harald Jung, Michael Dornieden (SAG).  
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60.  
Auflage 1000 Exemplare.  
Anzeigenleitung: Hajo Mulsow.  
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.  
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 16 55 u. 71 24 16.

# SPEKTRUM

Bochum – Nordring 65 – Telefon 1 67 35

|           |                           | Nicht-mitgl. | Stud. |
|-----------|---------------------------|--------------|-------|
| Samstag   | TENDERNESS, Köln          |              |       |
| 24. 6. 72 | Country-Rock              |              |       |
| 20 Uhr    |                           | 4,-          | 3,-   |
| Samstag   | CONSTELLATION, Düsseldorf |              |       |
| 1. 7. 72  | Rock – Pop – Jazz         |              |       |
| 20 Uhr    |                           | 5,-          | 4,-   |

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.